

NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 3

Mai 1968

4. Jahrgang

Quo vadis, höherer Dienst?

OPR Dipl.-Ing. Pickert, Bremen

Betrachtet man die Sorgen und Wünsche, die vom höheren Dienst heute vorgebracht und diskutiert werden, so fällt auf, daß sie nicht auf weite Sicht – 10, 20, 30 Jahre – und kaum auf Grundsätzliches abheben, sondern sich mit der Fortentwicklung von Detailproblemen begnügen. Es soll keineswegs verkannt werden, daß es notwendig und berechtigt ist, über Fragen im Zusammenhang mit dem 2. Besoldungsneuregelungsgesetz, der Versorgung der Ruhestandsbeamten, des Planstellenkegels, der Nivellierung usw. usw. zu diskutieren, Vorstellungen zu artikulieren und aktiv Versuche zur Verwirklichung solcher Vorstellungen zu unternehmen. Die Zeiten sind offensichtlich vorbei, in denen man in vornehmer, laubbahnbewußter Zurückhaltung dieses Geschäft den anderen überlassen konnte im Vertrauen darauf, daß für den höheren Dienst ohne sein Zutun angemessen gesorgt würde. Diese Feststellung enthält keinerlei Vorwürfe. Aber – und darauf soll in diesem Aufsatz eingegangen werden – der höhere Dienst darf sich nicht durch vordergründige Probleme den Blick dafür verstellen lassen, daß es auf lange Sicht mögliche Entwicklungen gibt, die weit bedrohlicher sein können als alle oben genannten Fragen. Es ist das Ziel dieses Aufsatzes, hier eine gewisse schöpferische Unruhe zu stiften und – hoffentlich gelingt es – eine Diskussion in Gang zu setzen, die zur Klärung beitragen soll und damit zum ersten Schritt, den der höhere Dienst tun muß, um im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung Interessen zu wahren, die zwar Interessen des höheren Dienstes, aber im Gesamtzusammenhang gesehen eben nicht nur Interessen des höheren Dienstes sind. Es mag sein, daß eine solche Diskussion bedenklich erscheint aus der Besorgnis heraus, sie könne schlafende Hunde wecken. Dazu ist zu sagen, daß es möglicherweise nicht die Hunde sind, die da schlafen.

Bevor ich auf konkrete Veränderungen eingehe, die bereits heute vernehmlich an die Tür klopfen, möchte ich eine allgemeine Betrachtung vorausschicken. Wir wissen, daß sich die Welt anschiekt, sich in den letzten 30 Jahren dieses Jahrhunderts mehr zu verändern als in Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden bisher. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, auf Einzelheiten einzugehen. Es genügt, sich klarzumachen, daß

es zwar theoretisch nicht unmöglich, aber doch außerordentlich unwahrscheinlich ist, daß die Dinge, die wir offensichtlich so selbstverständlich auch für lange Zeit als gegeben betrachten, von diesem Veränderungsprozeß im wesentlichen unberührt bleiben sollten. Dazu gehören die Rechtsstellung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten allgemein und der bei der DBP Beschäftigten im besonderen, die Rechtsnatur der DBP, die Aufbauorganisation, das Management. Andererseits gibt es bereits eine größere Zahl von Kollegen, die hoffentlich noch bis zum Ende dieses Jahrhunderts ihren Weg gemeinsam mit der DBP gehen werden. Es ist erstaunlich, daß aus diesen Kreisen so wenig besorgte Unruhe zu spüren ist, wiewohl es andererseits durchaus verständlich ist, wenn bei den älteren Kollegen aus der Erfahrung über die geradezu staatserhaltende Stabilität der Verwaltung auch in Zeiten der Umwertung aller Werte die Auffassung vorherrscht, daß revolutionäre Veränderungen – zumindest in der Zeit, in der diese älteren Kollegen noch davon betroffen werden könnten – nicht eintreten werden.

Ich sehe die Bedrängnis des höheren Dienstes gleich von zwei Seiten: von unten und von oben. Beginnen wir mit der Bedrängnis von unten. Es fehlt nicht an Publikationen über Wünsche und Forderungen des gehobenen Dienstes. Wenngleich es in der Natur der Sache liegt, daß solche „besitzausweitenden“ Wünsche nur auf Kosten des höheren Dienstes verwirklicht werden können, so wäre es doch falsch und eines höheren Beamten unwürdig, hierauf emotionell oder mit dem unzureichenden Argument auf Wahrung des eigenen Besitzstandes zu reagieren. Tatsächlich gibt es Überlegungen zu einer Laufbahnänderung des gehobenen Dienstes, die sehr ernst genommen werden müssen:

Aus Anzeigen der Industrie „... gesucht wird Ingenieur, TH oder HTL“ ist zu erkennen, daß dort die Startbedingungen in vielen Fällen für den Ingenieur und den Dipl.-Ing. gleich sind. Eine analoge Betrachtung – wenn auch nicht mit gleicher Schärfe – gilt auch für die nicht-technisch vorgebildeten Beamten des gehobenen Dienstes, die ihre Eignung mit der eines

Inhalt

OPR Dipl.-Ing. Pickert

Quo vadis, höherer Dienst? 53

OPDir Schilly

Zur Ausbildung der höheren Beamten
in Frankreich
– Die «Ecole Nationale d'Administration» – 58

Prof. Dr. Ferdinand Martin

Wandel in Politik und Staatsführung
durch Elektronik und Optimierung 74

Fortsetzung

Mitteilungen der F.I.T.C.E. 77

Mitteilungen der Bezirksvereine 79

Einsendeschluß für Beiträge jeweils 4 Wochen vor dem
Erscheinungstermin.

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon (05 31) 2 24 95 / 96.

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,
Nürnberg.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,
205 Hamburg 80, Häußlerstr. 47, Fernsprecher 7 38 54 34

Einzelheft: für Mitglieder –,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
Braunschweig.

Anzeigenpreisliste 1 – Familienanzeigen dreigespalten,
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,
Postscheckkonto Hamburg 2008 88,
Braunschweigische Staatsbank, Hauptbankkasse
Braunschweig, Konto-Nr. 101 782

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig,
Postfach 975.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche
Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der
Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses aus-
drücklich erwähnt.

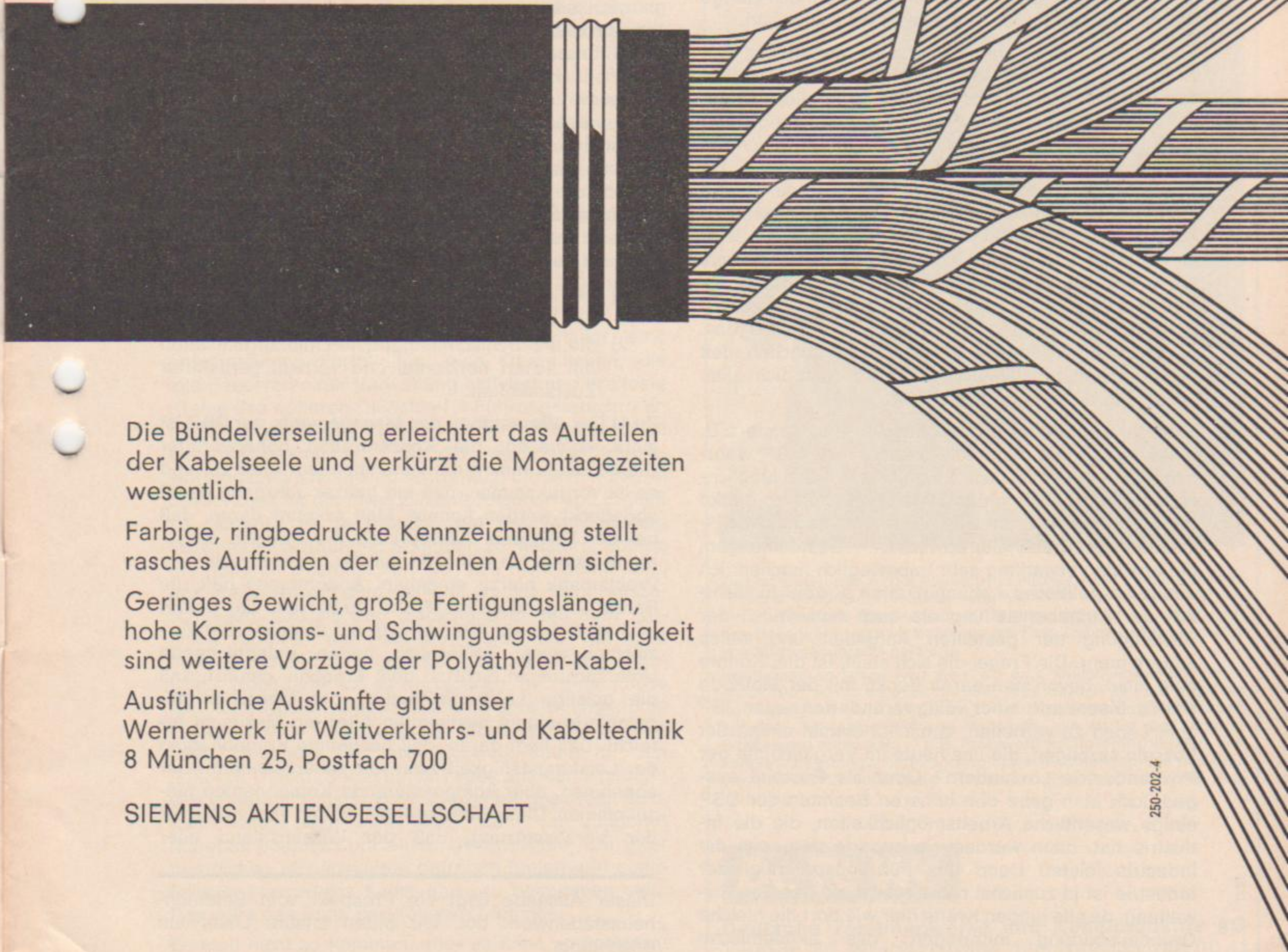
juristisch vorgebildeten Beamten vergleichen. Das juristische Studium qualifiziert vor allem für den Justizdienst; für die Verwaltung hat es mehr die Funktion eines sehr kostspieligen und gründlich wirkenden Auswahlprozesses. In der Konkurrenz mit dem höheren Dienst kommt es bei der praktischen Arbeit in einer „Betriebsverwaltung“ auf die Anwendung der umfangreichen spezifischen Dienstanweisungen, Richtlinien und Vorschriften der DBP innerhalb des Betriebsgeschehens an. Dabei können aber die fundierten postalischen Kenntnisse und die langjährige Erfahrung eines gleichaltrigen guten gehobenen Beamten durchaus den Wert der juristischen Ausbildung in vielen Fällen aufwiegen.

Die Forderung des gehobenen Dienstes nach konkurrierendem Einsatz wird zum Nachteil des höheren Dienstes dort besonders provoziert, wo der höhere Dienst unterwertige Tätigkeiten wahrnimmt oder – anders ausgedrückt – Tätigkeiten unterwertig wahrnimmt. Hier nähern wir uns offensichtlich einem sehr kritischen Punkt dieser Ausführungen. Es sei daher erlaubt, das Problem in einem größeren Rahmen darzustellen.

Wenn man gedanklich an den Ausgangspunkt eines Arbeitsgebietes für einen höheren Beamten zurückgeht, dann muß es anfänglich dort eine Fülle von Aufgaben gegeben haben, die des Schweißes der Edelsten wert waren. Je besser der dort eingesetzte Beamte war, um so mehr wird er rationelle Methoden entwickelt haben, die zusammen mit einem wachsenden Erfahrungsschatz die Bearbeitung der anstehenden Probleme zunehmend vereinfachen halfen und damit allerdings auch die Wertigkeit des Arbeitsplatzes minderten.

Diese Betrachtung gilt nicht überall. Ich möchte zumindest labormäßige und auch verwaltungsmäßige Entwicklungsarbeit und technische Planungsarbeit hier ausschließen, weil es in der Natur dieser Arbeitsgebiete liegt, daß die Probleme dauernd nachsprießen. Aber bei der DBP, einem Unternehmen, bei dem strukturelle Veränderungen aus der Situation von Angebot und Nachfrage und aus der Anwendung geänderter Methoden bisher nur sehr langsam (zu langsam?) eingetreten sind, gilt die obige Betrachtung doch wohl für eine Reihe von Tätigkeiten für den höheren Dienst. Die theoretische Konsequenz wäre ein langsamer Umwälzungsprozeß der Art, daß der höhere Dienst zunächst nach unten Stühle abgibt; wegen der zunehmenden Differenziertheit der Wünsche der Bürger eines hochzivilisierten Staates an die Daseinsfürsorge besteht die Wahrscheinlichkeit, daß das Dienstleistungsunternehmen DBP im Zuge der Anpassung an diese Wünsche nicht arm wird an neuen Aufgaben, die wieder des Schweißes der Edelsten wert sind. Sicherlich lassen sich gegen diese theoretische Konsequenz eine Fülle von Einwänden aus der Praxis erheben. Aber eine Lösung wird gefunden werden müssen. Hier geht es darum, entsprechende Überlegungen vorzubereiten und – soweit möglich – Entwicklungen anzustoßen, durch die spätere harte Kursänderungen vermieden werden. Auf keinen Fall jedoch sollten wir uns darauf verlassen, daß wir auf die Dauer den Forderungen des gehobenen Dienstes dadurch widerstehen können, daß wir Entwicklungsprozesse negieren und uns darauf beschränken, uns an lieb gewordenen Arbeitsgebieten festzuhalten. Die große Zahl der in den

Polyäthylen- Ortskabel in Bündelverseilung



Die Bündelverseilung erleichtert das Aufteilen der Kabelseele und verkürzt die Montagezeiten wesentlich.

Farbige, ringbedruckte Kennzeichnung stellt rasches Auffinden der einzelnen Adern sicher.

Geringes Gewicht, große Fertigungslängen, hohe Korrosions- und Schwingungsbeständigkeit sind weitere Vorzüge der Polyäthylen-Kabel.

Ausführliche Auskünfte gibt unser Wernerwerk für Weitverkehrs- und Kabeltechnik
8 München 25, Postfach 700

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

letzten Jahren eingestellten DJ-Beamten wirft in diesem Zusammenhang eine Fülle von Fragen auf.

Es sei nun auf die Bedrängnis der Laufbahnbeamten des höheren Dienstes „von oben“ eingegangen.

Das Beamtentum hat – trotz seiner unstreitigen Leistungen – nicht das Image beim Volk, das wir uns wünschen könnten. Solange alles gut geht, bleibt diese Tatsache unwirksam. Kommt es aber – auch ohne Schuld der Beamten – zu Schwierigkeiten in Bereichen, die von Beamten verwaltet werden, dann muß man mit Schrecken zur Kenntnis nehmen, wie stark in der Bevölkerung unterschwellige Ablehnung der Beamten vorhanden ist und wie schnell diese Ablehnung geweckt werden kann.

Für diese Erscheinung gibt es handfeste Gründe, über die eine Menge zu sagen wäre. Hier soll es genügen, aufzuzeigen, daß es gut wäre, wenn man es nicht nur den Witzezeichnern überließe, das Bild über die Beamten im Bewußtsein und im Unterbewußtsein des Volkes zu prägen. Denn in einer Demokratie gibt es keine Garantien dafür, daß eine latente Beamtenfeindlichkeit nicht plötzlich zu politischen Entscheidungen führt, die nicht nur wie bisher graduelle – vgl. Einkommensentwicklung – sondern eines Tages auch prinzipielle Auswirkungen gegen das Beamtentum haben können. Darüber sollte man heute mehr denn je im klaren sein, daß wir eine außergewöhnlich stetige Periode im politischen Bereich hinter uns haben.

Auf einem solchen mit Vorbehalten gegen das Beamtentum gedüngten Boden erwachsen insbesondere den höheren Beamten bei der DBP erhebliche Unannehmlichkeiten dadurch, daß bei Schwierigkeiten (z. B. Fall Hübner) sich sogleich Bündnisse gegen die Verwaltung bilden mit dem Generalnenner: „Da müßte mal ein frischer Wind wehen wie in der Privatindustrie, dann sähe alles anders aus!“ Hier werden Assoziationen geweckt und von interessierter Seite genährt, die außerordentlichen Sprengstoff enthalten. Wir wollen uns in diesen Ausführungen nicht mit der Aufzählung all dessen aufhalten, was falsch und durch zu grobe Betrachtung entstellt ist. Wir wissen das. Aber wir sollten uns Gedanken darüber machen, daß leider an dem oben zitierten Generalnenner nicht alles falsch und nicht alles entstellt ist.

Tatsächlich hätte die Privatindustrie – sollte sie z. B. die Aufgabe des Fernmeldewesens der DBP wahrnehmen – grundsätzlich einige wesentliche Möglichkeiten, die die DBP leider derzeit nicht hat. Ich denke da beispielsweise an eine Fülle von rechtlichen – insbesondere haushaltsrechtlichen – Bestimmungen, die uns als Verwaltung sehr unbeweglich machen. Ich denke an politische Abhängigkeiten sowohl hinsichtlich der Aufgabenstellung als auch hinsichtlich der Bewältigung der gestellten Aufgaben und vieles andere mehr. Die Frage, die sich stellt, ist die: Könnte man nicht, bevor man daran denkt, mit der Methode des Dr. Eisenbarth einer völlig veränderten neuen DBP zum Leben zu verhelfen, zunächst einmal einige der Fesseln sprengen, die uns heute im Vergleich mit der Privatindustrie so hindern? Oder als Postulat ausgedrückt: Man gebe den höheren Beamten der DBP einige wesentliche Arbeitsmöglichkeiten, die die Industrie hat, dann werden sie auch leisten, was die Industrie leistet! Denn das Führungspotential der Industrie ist ja zunächst nicht besser als das der Verwaltung, da alle jungen Kräfte hier wie dort die gleiche Grundausbildung mitbringen: das akademische Studium.

Dem aufmerksamen Leser wird ein Wort im vorigen Satz aufgefallen sein, das zum heikelsten Punkt dieser Ausführungen überleitet, das Wort „zunächst“. Es muß nunmehr eine Reihe von Fragen angesprochen werden, die im Zusammenhang gesehen werden müssen: Das Management der DBP, Auswahl + Fortbildung, Aufbauorganisation und Laufbahnrecht.

Beginnen wir mit dem, was wir haben: Eine Ordnung, die sich sehr lange bewährt hat, die sehr klare Verhältnisse schuf (auch insbesondere aus der Sicht des Beamten), die gut zu handhaben war und gute Voraussetzungen für den sozialen Frieden bot. Wie nicht anders zu erwarten, hat aber eben diese Ordnung auch ihre Schwächen. Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, will ich eine grundsätzliche Feststellung vorausschicken: es gibt kein Vorbild, das an die Stelle unserer bestehenden Ordnung gesetzt werden könnte mit dem Ergebnis, daß sich die Verhältnisse dadurch ausschließlich zum Vorteil verändern! Alles fordert seinen Preis, und die Gefahr einer Fehlkalkulation ist groß. Aber eben darum sollten wir nicht warten, bis eine notwendige Veränderung uns mit Gewalt von außen oktroyiert wird. Ein solcher Gewaltakt wird aber um so wahrscheinlicher, je länger wir uns aus Mangel an Anpassungsfähigkeit und Fantasie gegenüber den Erfordernissen der Zeit sperren.

Worum geht es? Aus Mangel an Meß- und Vergleichsmöglichkeiten im nationalen Bereich konnte man bisher von der Annahme ausgehen, daß die bestehenden Verhältnisse gut seien. Erst der internationale Vergleich insbesondere mit Absolventen der l'École Nationale zeigt Ergebnisse zu unseren Ungunsten, die wohl wesentlich die Idee einer Führungsakademie befruchten. Es scheint mir jedoch bedenklich, zu glauben, daß allein die Führungsakademie – abgesehen von den vielen Problemen, die sie aufwirft – schon genüge, um die Schwächen des bestehenden Systems zu beseitigen. Folgende Fakten müssen in Betracht gezogen werden:

- 1) der Altersaufbau des heutigen Managements der DBP;
- 2) die hierarchisch aufgebaute Linienorganisation mit scharf horizontal und vertikal gerasterter Zuständigkeit.

Zu 1) Der Altersaufbau des Managements der DBP ist stark kopflastig; die Konzentration höherwertiger Dienstposten nimmt mit zunehmendem Alter zu, und es ist vorgekommen, daß ein ganzer Jahrgang damit abgedeckt werden konnte. Man erkennt daran, daß bei der DBP dem Altersprinzip die Priorität eingeräumt wurde. Ich will nicht auf die beamtenrechtliche Problematik hierzu eingehen. Andererseits hilft die Parole „Jugend an die Front“ auch nicht viel weiter, weil auch das ein Altersprinzip mit umgekehrten Vorzeichen wäre. Tatsächlich haben entsprechende Untersuchungen nicht zu dem Ergebnis geführt, daß die geistige Leistungsfähigkeit der Menschen allgemein in einem bestimmten Alter ein Maximum erreicht. Das liegt daran, daß bestimmte Komponenten der Leistungsfähigkeit zwar mit zunehmendem Alter abnehmen, aber kompensierende Komponenten hinzukommen. Diese Überlegungen gelten aber nur unter der Voraussetzung, daß der Wissensstand aller

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt vom Beamtenheimstättenwerk bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

Altersgruppen durch entsprechende Fortbildung aktuell und gleichwertig ist. Zum Nachteil besonders der älteren Kollegen ist diese Voraussetzung bei der DBP und auch wohl bei anderen Verwaltungen nicht erfüllt. Es soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß ein häufiger Wechsel des Arbeitsgebietes nicht als Ersatz für Fortbildungsmaßnahmen angesehen werden kann, ja daß ein unvernünftig häufiger Wechsel im höheren Dienst die weiter oben aufgezeigte Bedrängnis von unten erheblich verschärfen muß; ein sehr wichtiger Aspekt dieses Problems!

Zu 2) Die aus den unter 1) erwähnten Fakten resultierende Schwäche des Managements wird potenziert durch eine Linienorganisation, bei der zuviel von der Tüchtigkeit des jeweils zuständigen *einen* Mannes abhängt. Menschliche und fachliche Unzulänglichkeiten schlagen voll zu Buche. Es fehlt der kompensierende Effekt des Teamworks, und es fehlt der konstruktive Effekt des Teamworks. Die ausschließliche Zuständigkeit jeweils nur eines einzigen Mannes pro Ebene führt außerdem dazu, daß Aktivitäten deshalb verkümmern, weil positiven Impulsen von unzuständiger Seite eine gewisse Kritik an der zuständigen Seite notwendigerweise immanent ist. Das zu ertragen ist aber nur den Weisen gegeben. In Erkenntnis dieser Zusammenhänge oder – in unglücklich gelagerten Fällen – nach entsprechender Erfahrung kommt es gerade bei jüngeren und tatenhungrigen Kollegen leicht zu frühzeitiger Resignation, und man besinnt sich auf das Erfolgsrezept dessen, der nach eigener Darstellung stets einen dunklen Anzug getragen und den Mund gehalten hat. Die allzu scharfe Rasterung der Zuständigkeiten hat – bei allen Vorteilen, die nicht in Abrede gestellt werden können – den Nachteil, daß entsprechend der eingeschränkten Zuständigkeit auch das Verantwortungsgefühl für das Ganze eingeschränkt wird und verkümmert. Das aber erzieht zu dem Beamtentyp, der bereits heute keineswegs gewünscht wird und mit dem wir in Zukunft erst recht „keinen Staat“ machen können.

Ein modernes, leistungsfähiges Management, eine entsprechende Fortbildung, eine Organisation, die alle Reserven einer Verwaltung aktiviert und breiteste Kreise des höheren Dienstes (= Führungsschicht!) an den Problemen des Managements partizipieren läßt und ein Beamtentyp, der dynamisch und verantwortungsbewußt ist, sind notwendig, um dem höheren Dienst auch für die ferne Zukunft Ansehen und Einfluß zu sichern, die er braucht, um die wohl ständig schwieriger werdenden Aufgaben zu meistern. Sollten die höheren Beamten von sich aus nicht bereit sein, das dazu Notwendige zu tun, so ist nicht auszuschließen, daß sie den Marschallstab aus dem Tornister verlieren, weil man die „Marschälle“ gar nicht mehr aus dem Kontingent der Laufbahnbeamten gewinnt. Noch halte ich es für möglich, daß eine solche laufbahnrechtlich einschneidende Entwicklung durch entsprechende Anstrengung abgewendet werden kann. Doch die Zeit arbeitet wohl kaum für den höheren Dienst. Sollte eines Tages aus der Laufbahn des höheren Dienstes eine Sackgasse geworden sein, dann würde sich eine große Zahl von jüngeren höheren Beamten um einen wesentlichen Teil ihrer beruflichen Möglichkeiten betrogen fühlen und qualifizierter Nachwuchs kaum noch zu bekommen sein. Das wäre das Ende des höheren Dienstes.

Es muß nicht so kommen, aber es kann so kommen! Quo vadis, höherer Dienst?

Der 12.1.1968 war für Familie Dehmel ein großer Tag

(weil sie da ihr Telefon bekam)



Das ist im Grunde nichts Außergewöhnliches. Aber Familie Dehmel in Berlin-Frohnau erhielt nun die millionste Anrufeinheit, die wir für die Deutsche Bundespost seit 1948 geliefert haben. Darin liegt das Besondere (und wir haben es mit Fam. Dehmel selbstverständlich auch gebührend gefeiert).

Heute sind es schon weit mehr als eine Million Anrufeinheiten – allein 1967 waren es über 100 000; 1968 werden es noch mehr als im vergangenen Jahr sein. Dazu kommt unsere umfangreiche Arbeit auf dem Gebiet der Prüf- und Meßgeräte, die wir für die Deutsche Bundespost entwickeln – z. B. Probeverbindungseinrichtungen, Verkehrsbeobachtungs- und Zählvergleichseinrichtungen und das Prüfgerät Nr. 80 für Impuls- und Frequenz-, Periodendauer- und Zeitmessung.

De Fe We

Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie AG
1 Berlin 36, Wrangelstraße 100, Ruf 0311/61 00 41

Zur Ausbildung der höheren Beamten in Frankreich — Die »Ecole Nationale d'Administration« —

OPDir E. Schilly, Saarbrücken

Inhaltsübersicht

- I. Elite und Beamtentum
- II. Zur Geschichte des französischen Beamtentums
- III. Die Ausbildung vor 1945
- IV. Résistance und Reformbestrebungen
- V. Die Reform der „Fonction publique“ von 1945
- VI. Die „Ecole Nationale d'Administration“ (E.N.A.)
- VII. Kritische Stimmen zur E.N.A.
- VIII. Die E.N.A. und deutsche Reformpläne

„Der Staat ist zu einem erheblichen Teil soviel wert wie seine Diener. Er ist stark oder schwach, je nachdem wie tief seine Beamten von ihrer Aufgabe durchdrungen sind, wie sie über die Mittel denken, über die sie zur Erfüllung dieser Aufgabe verfügen, und wie sie mit dem Ansehen und dem Schutz, den sie genießen, zufrieden sind.“

(Aus dem Vorwort zu einer Untersuchung des „Institut Technique des Administrations Publiques“: „Les fonctionnaires jugent leur métier“, Paris 1955.)

Das fahle Licht einer „Salle de fête“ im Stile Renoirs ließ die Distanz der asketischen Unbeweglichkeit kühler Strenge noch über das Maß hinaus wachsen, das mit dem Warten auf den Minister an sich schon erreicht war. Die straffe Gestalt, deren Pascalsche Beherrschtheit, die auch noch an Äußerlichkeiten zu erkennen war und eine soeben beendete Budgetdebatte kaum mehr ahnen ließ, entspannte sich bisweilen in disziplinierter Lässigkeit, die aber nie soweit ging, daß der Angehörige der E.N.A.-Promotion „France combattante“ (1945), neben dem seine engsten Mitarbeiter und „Promo“-Kameraden standen, seiner für eine intellektuelle Verbrämung auch der einfachsten Szene noch zu erübrigenden Replik die lebende Verbindung hätte opfern müssen, was ihn gewiß aber auch wieder nicht in einen Abgrund beziehungsloser Stilübungen gestürzt, statt dessen ihm die Kontinuität zwar nicht der „oraisons funèbres“, aber doch eines „discours de la methode“ ermöglicht hätte.

Die wahre Aggressivität des in die melodische Geschmeidigkeit eines Bourdaloue aufgelösten Appells, einer glänzend gelungenen Mischung zwischen „Ancien élève de l'E.N.S.P.T.T.“ und E.N.A.-Aufpfropfung, spiegelte sich eher in den Mienen der Umgebung wider, deren rangmäßige Abstufung weniger einer souveränen Gesellschaft von mit den Errungenschaften der Großen Revolution kokettierenden „Citoyens“ entsprach, als vielmehr die Überlegenheit einer Ordnung offenbarte, deren Glieder mit einer dem „Ancien régime“ nachtrauernden Autoritätsgläubigkeit, wären sie in der Mark Brandenburg in der angelernten Nüchternheit eines junkerlichen Gehorsams gestanden, ängstlich nach dem „geschienten Mann“ Ausschau gehalten hätten: der engere Führungsring bestätigte in preußischer Manier Zucht und Anpassungsfähigkeit, die als literarisches Requisit bei der Darstellung elitär angehauchter Kreise zählebiger

sind als ihre Ausprägung ihnen zu zeigen gestattet; die Suite der von menschlichen Sehnsüchten und Wünschen — ihr gewahrter Anspruch der Kühle des Verstandes vermittelt oft die anheimelnde Wärme spießiger Vertrautheit, worin sich das Geheimnis der kulturellen Präponderanz vorwiegend geistig orientierten Selbstbewußtseins offenbart — in der Brandung des Beamtenmeeres hin- und hergeworfenen Prominenz verriet dem Beobachter, wie tief das Felsenriff der Hoffnungen und Kombinationen auch hier bereits ausgewaschen war.

Und dann sprach der Minister: mild, deutlich-mild, unmißverständlich-mild und schließlich kalt-versöhnlich. Wenige Sätze, die in ihrer knappen Zurüstung der angesprochenen Problematik nichts von ihrer Schärfe und weitreichenden Wirkung nahmen, noch viel weniger enthüllend den Schleier vor dem noch nicht Ausgereiften lüfteten, ohne sie wiederum schon in den Niederungen der in Konsequenzen zergehenden Aussicht auf realisierbare Pläne erstarren zu lassen. Diskret übersah er dabei, wie die mehr Wissenden im Geiste mutig bereits das Wagnis konkretisierender Verfügungen eingingen. Die Ordnung war gewahrt, der „honnête homme“ hatte seinen Triumph gefeiert, dessen Alltäglichkeit ihm nichts von seiner Überzeugungskraft nahm, unter dessen Oberfläche allerdings die „comédie humaine“ gleich wieder — wie um zu versöhnen — ihr triviales Recht verlangte und auch erhielt, wie ein aufmerksames Auge und ein kundiges Ohr an den Plaudereien an französischen Büfets und bei ihren Partnern beim Cocktail anschließend wahrnehmen konnten.

Aus diesem Stück Natur von 1967, „vu à travers un tempérament“, die Struktur der E.N.A ableiten zu wollen, der die wichtigsten Darsteller dieser Szene entstammten, wäre eher vermessener Spott und makabrer Zynismus oder vorrevolutionärem Salon-sarkasmus näher gewesen als echter Neugier, die damals den Beobachter bewegte und heute zum Thema führt.

I. Elite und Beamtentum

Die Schwäche demokratischer Gemeinschaften für elitäre Erscheinungen in ihrem Gefüge ist auffallend. Das Verhältnis zwischen Masse und Elite, das eigentliche Elitenproblem, war um die Mitte des vorigen Jh. noch nicht aktuell, selbst wenn man Alfred Webers Erklärungen hierfür — damals habe noch eine Angliederung der bürgerlichen Intelligenz an die Reste des aristokratischen Lebenskörpers wie eine Schattenwirkung des 18. Jh. bestanden¹⁾ — nicht ausschließlich zeitbezogen und damit heute als überholt ansehen will, wozu unsere Erfahrungen nach zwei verlorenen Weltkriegen und einem totalen Zusammenbruch möglicherweise berechtigen. Zu der hierin liegenden Ungewißheit über unsere gesellschaftlichen und politischen Strukturen kommt noch ein bestimmtes damit ebenfalls zusammenhängendes Maß an Unsicherheit

¹⁾ Einführung in die Soziologie, München (1955), S. 61.

bei der verstandesmäßigen Erfassung der Bestandteile. Das zeigte sich u. a. vor einiger Zeit in einer Diskussion über die „Krise der Demokratie“, ein Bürger-Schreck- und Wonne-Thema, in der auch die moderne Muster-„Pépinière“, die französische „Ecole Nationale d'Administration“ (E.N.A.) (Staatliche Verwaltungsschule) demonstrativ mit den Vordergrund beherrschte. Den Vortritt bei dieser „citation“ hatte der französische Autor eines Teiles der betreffenden Artikelserie (Prof. Grosser: „die Ecole Normale Supérieure und die E.N.A. haben eine grundsätzliche Bedeutung für die Elitebildung“). In einem späteren Beitrag dieser Reihe – im Grunde genommen nur Variationen über das international anziehende Problem der „deux cent grandes familles“ – gestand der deutsche Koreferent offen seine Anerkennung dieses einzigartigen Beispiels einer Kombination von technischen Ausbildungsfragen und geistigen Konzeptionen, die zur Lösung dieser Fragen beitragen könnten (womit die Schule mehr zu einem Instrument der Gestaltung der Gesellschaft zu werden scheint als zu einem Gegenstand der Organisationsgewalt, dessen Formung nicht mehr die politische Hauptaufgabe ist); Eugen Kogon verbindet mit seinen Bemerkungen zur E.N.A. auch Gedanken zu einer die von Bundeskanzler Kiesinger in „petto“ getragene „Deutsche Akademie des Höheren Beamtentums“ ergänzenden „Politischen Akademie“ an.

Immerhin, unser Interesse für die E.N.A. als Bildungsstätte für Eliten ist einhellig. Seine Bekundungen reichen – wahllos herausgegriffen – von Feststellungen, daß in Paris die Elite des Verwaltungsnachwuchses ausgebildet wird²⁾, bis zum schwärmerischen Panegyrikus auf die unvergleichliche Elite der hohen französischen Beamtschaft, die auf dieser Schöpfung der Nachkriegszeit „herangezüchtet“ wird (ein bekanntes deutsches Nachrichtenmagazin sprach kürzlich von der „Dressur“ an der E.N.A.), in einer Akademie, in der „beinahe preußischer Geist“ weht, „gepaart mit der klaren Nuanciertheit romanischen Intellekts“.³⁾ Dazwischen liegen sachliche Darstellungen wie die eines deutschen „Membre correspondant de l'E.N.A.“, eines deutschen Stipendiaten an der E.N.A.⁴⁾, die neben den Arbeiten von G. Langrod⁵⁾ und einigen Ausführungen über die Verwaltungsschule in Paris in einem Aufsatz von V. Gielen⁶⁾ die mir bekannte umfassendste Veröffentlichung in deutscher Sprache über dieses Thema ist.

Nun rechtfertigen nicht nur die Grundsatzfragen, die mit der E.N.A. gestellt sind, sondern auch die Diskussion um neue Formen der Aus- und Fortbildung der Beamtenführungsschicht, wie sie allenthalben entbrannt ist und neben dem Bundesinnenministerium („Grundsatzplanung eines Fortbildungsprogrammes für den öffentlichen Dienst“) auch die DBP beschäftigt, eine Betrachtung des französischen „Leitbildes“, das im Bereich des öffentlichen Dienstes allmählich die

Bedeutung zu erlangen verspricht, die der „Académie Française“ für die französische Sprache seit Jahrhunderten in der ganzen Welt beigemessen wird. Will man die notwendige Distanz zu einem Thema halten, das auch in Frankreich in seiner ganzen Tiefe noch nicht ausgelotet ist, so sollte die Ablehnung einer kompletten Nachahmung nicht gleich als Ergebnis minderwertigkeitsgeladenen Protestes gewertet werden; die Zurückhaltung steht am Ende einer nüchternen Analyse der Polarität zwischen Wunsch und Wirklichkeit eines genialen Wurfs. Nur so läßt sich vielleicht ein deutscher Versuch in die Wege leiten, der auch im technischen Zeitalter nicht übersieht, daß eine Verwaltung im allgemeinen Sinne, in deren Aufgabenfeld qualifizierte Fachleute arbeiten, kaum vom Magnetband in die Wirklichkeit entlassen, sondern in ihren Grundlagen von Traditionen und Entwicklungen bestimmt wird, deren Inhalt die Magnettrommel höchstens zur Weitergabe und Kontrolle aufspeichert. Die Forderung Lord Macaulays, der für England als Schöpfer des „British Civil Service“ um die Mitte des vorigen Jh. diese säkulare Aufgabe der Reform des öffentlichen Dienstes anpackte, für den Beamten sei zunächst die „general ability“ wichtig, und allgemeine Ideen zu haben, sei notwendiger als eine Reihe von technischen Fähigkeiten, und die Aufgabe der E.N.A., wie sie aus Begründung zur „Ordonnance No 45-2283“ vom 9. Okt. 1945 (J. O. vom 10. Okt. 1945)⁷⁾ hervorgeht: den Schülern, unabhängig von ihrer späteren Berufswahl, eine allgemeine Ausbildung in Politik und Verwaltung, das ist mehr als mit Ordnungssinn reproduziertes lexikalisches Wissen, zu vermitteln – beide Positionen entsprechen im Grunde genommen auch den Axiomen Friedrich Meineckes, der von der „fachmännischen Vollkommenheit“ sagt, sie sei wertlos, wenn sie nicht immer von neuem wieder genährt werde von allgemeinen geistigen Impulsen⁸⁾. Das ist übrigens genau das Gegenteil von dem, was Eugen Rosenstock über den deutschen Beamten sagt, in dem er nur den Bearbeiter „eines herausgeschnittenen Fachgebietes“ sieht, was auch dem Wesen der Zivilverwaltung entspräche⁹⁾.

Durch die Diskussion über neue Formen der Heran- und Fortbildung des Nachwuchses an höheren Beamten zieht sich allgemein deutlich die Vorstellung, daß es sich dabei um die Schaffung von Eliten handelt. Quaritsch¹⁰⁾ spricht von einer „Bestenzüchtung in der gesamten französischen Schultradition“ (also auch bei der E.N.A.), die er der deutschen „Durchschnittspflege“ gegenüber stellt. Im Vorwort zu einer Schrift der Verwaltungshochschule Speyer¹¹⁾, spricht ihr Rektor ausdrücklich von der „eigentlichen Elite“, zu der die Schüler der E.N.A. mit ihrem Eintritt in die öffentliche Verwaltung sich zu entwickeln „bestimmt sind“. Auf einer anderen Veranstaltung der Speyerer Hochschule¹²⁾ wird die E.N.A. als eine ausgesprochene „Auslese-Schule“ für die künftige

²⁾ Otto Haußleiter im Hdwb. der Sozialwissenschaften, Band 11, Artikel „Verwaltungssoziologie“, Stuttgart 1961, S. 294.

³⁾ Peter Scholl-Latour, Im Sog des Generals, Stuttgart 1966, S. 221.

⁴⁾ Helmut Quaritsch, Eine Schule der Verwaltung: L'Ecole Nationale d'Administration in Verwaltungsarchiv Heft 3/1961, S. 217 ff. und Jürgen Hartmann, Ich war bei den „Enarchen“ in Der Beamtenbund Nr. 3/1968, S. 3 f.

⁵⁾ Georges Langrod, Einige Hauptprobleme der französischen Verwaltung der Gegenwart in Verwaltungsarchiv Heft 3/1957, S. 191 ff. (Langrod I) und Verwaltungsreformen in Frankreich, a. a. O., Heft 1/1968, S. 1 ff. (Langrod II).

⁶⁾ Das Elitekorps der französischen Staatsverwaltung in Die öffentliche Verwaltung Heft 13/1958, 321 ff.

⁷⁾ Vgl. Anh. I.

⁸⁾ Das Leben des Generalfeldmarschalls v. Boyen, Stuttgart 1895 bis 1899.

⁹⁾ Die europäischen Revolutionen, Jena (1931), S. 234 f. Diese Einseitigkeit sieht der rheinlandpfälzische Staatssekretär Fritz Duppré durch die Koppelung von „Sachverstand und Verantwortung“ überwunden; „zwei Schuhe“, in denen die Elite zu gehen lernen muß („Sachverstand und Verantwortung“ in FAZ Nr. 56 vom 7. März 1967, S. 11).

¹⁰⁾ a. a. O., S. 251.

¹¹⁾ Zur Struktur der deutschen Verwaltung (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 33), Berlin (1967), S. 5.

¹²⁾ Vgl. Die Verwaltungsbildung der Juristen (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 25), Berlin (1965), S. 43.

administrative Führungsschicht vorgestellt, bei deren Fortbildung auch bei uns Gedanken aufgegriffen werden könnten, wie sie bei der Einrichtung dieser Schule verwirklicht worden seien.

Das elitäre Moment wird deutlich hervorgekehrt, wenn keine bösen Rückerinnerungen zur Zurückhaltung gegenüber einem Begriff mahnen, der wohl nicht völlig von der Welt der Biologie zu trennen ist, weniger offen, wenn man, wie die Franzosen, diesen Institutionen seit eh und je den Rang einer gewissen Alltäglichkeit verliehen hat, so daß sich auch Servan-Schreibers Mahnung an die Europäer, einen Wandel in ihren Organisationstechniken vorzunehmen, die auch die Erneuerung der Eliten und der sozialen Beziehungen nach sich ziehen müsse, als selbstverständlich anhört¹³). Es verrät nun gewiß eher schlichte Ehrlichkeit als intellektuelle Redlichkeit, wenn man sich, angesichts der dioskurehaften Polarität von Demokratie und Elite, darüber ereifert, daß die Elitenbildung so zur Demokratie gehört, wie Form und Gehalt sich nicht konträr verhalten, sondern in weitem Umfang sich gegenseitig bedingen, es sei denn, man erblickt in der Elite etwas anderes als die Qualität des Möglichen. Offen bekannte es Bundesratsminister Carlo Schmid anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Goethe-Preis 1967: es kann gerade eine Demokratie auf die Dauer nicht leben ohne eine Elite, die sich dem Schicksal der Nation tätig und leidend verbunden weiß. Im übrigen scheint das auch ein Denkvorgang zu sein, der Völkern mit einer langen demokratischen Tradition offensichtlich leichter fällt als in dieser Hinsicht „jungen“ Nationen, die sich sehr viel schneller in der Übertreibung und Konfrontation von Prinzipien verheddern und die geistigen Anforderungen einer Ausbildung gern nach dem Vorletzten im Glied ausrichten. Eben das schwebt Carlo Schmid nicht vor, der dem Volk als Leistung abgefordert wissen will, die Elite zu erkennen und anzuerkennen.

Eine solche verklemmte Einstellung der Elitenbildung gegenüber wäre aber auch geeignet, sich damit abzufinden, daß eine „in Wahrheit auslesewidrige oligarchische Ergänzung in der Führung so gut wie aller ihrer Großorganisationen“ oft widerstandslos hingenommen, während „fortgesetzt von demokratischer Repräsentation“ gesprochen wird¹⁴). Die Führungsschicht ist eine „Normalerscheinung des politischen Lebens, ohne die ein nationaler Organismus nicht denkbar ist¹⁵). Eschmann zählt zwar das Beamtentum noch zu den sozialen Gebilden, die sich von dem Begriff Führungsschicht abheben und nicht selbstverständlich zu den Eliten gezählt werden. Soweit dies Frankreich betrifft, dessen Führungsgruppen seine Monographie gewidmet ist, so haben doch die Reformen nach 1945 auch dort eine neue Entwicklung eingeleitet, die eher einer soziologischen Revolution gleichkommt und insoweit keinen Zusammenhang mit den historischen Führungsschichten mehr erkennen läßt oder zumindest nicht mehr erkennen lassen soll. So betrachtet entsprechen die geistigen Komponenten und auch die Organisation der E.N.A. wissenschaftlichen Erkenntnissen moderner Soziologie wie z. B. Mannheims Forderungen an die Eliten, die trotz der Wandlung in ihrer Selektion immer noch eine gewisse Geschlossenheit und Exklusivität verkörpern, den

¹³) Die amerikanische Herausforderung, Hamburg 1968.

¹⁴) Alfred Weber, a. a. O., S. 66.

¹⁵) Ernst Wilhelm Eschmann, Die Führungsschichten Frankreichs, Band I: Von den Capetingern bis zum Ende des Grand siècle, Berlin 1943, S. 17.

notwendigen Zustrom aus der Gesellschaft zu erhalten¹⁶). Es trifft auch zu, daß Entwurf und Aufbau der E.N.A. in der Lage sind, die Gefahr für die modernen Eliten zu umgehen, die aufgefordert sind, in einer unsicheren Umwelt und in völlig unvorhersehbaren Situationen ihre menschliche Haltung zu bewahren, und somit eine Aufgabe haben, deren Lösung in der Suche nach einem Weg liegt, die Elite „so anpassungsfähig und handlungsfähig zu machen, daß sie trotz der Tatsache, daß sie ihrer Zeit voraus sind, dennoch im Auf und Ab einer revolutionären Welt bestehen könnten“¹⁷) und nicht etwa „Tabus mitzubilden“ und „die Befangenheit in ihnen auszubeuteln“, wie A. und M. Mitscherlich das Wesen vieler Eliten beschreiben¹⁸). Debré, der heutige französische Finanz- und Wirtschaftsminister und einer der Initiatoren der „Réforme de la Fonction publique“ (Reform des öffentlichen Dienstes) von 1945, führt in seiner Elegie auf den „Etat republicain“¹⁹) solche Gedanken weiter, wenn er den Katalog der Anforderungen aufstellt, die für die Bewältigung der Aufgaben einer Verwaltung unerlässlich sind: „Im Bewußtsein ruhen Gedächtnis und Vorstellungsvermögen. Es registriert, macht Vorschläge und führt aus. Auf einem Bemühen um Kenntnisse und einer nie endenden Erfahrung aufbauend, versucht es das Für und Wider gegenseitig abzuwägen, das Gute gegen das Böse. Es ist verantwortlich für das, was täglich geschieht ebenso wie für die Vorbereitung der Aufgaben des kommenden Tages. Wissen und Beständigkeit, Einheit und Freiheit in der Urteilsbildung, diese Eigenschaften, die das Bewußtsein haben muß, sind auch die der Verwaltung“.

II. Zur Geschichte des französischen Beamtentums

Um die Reform von 1945 zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte des französischen Beamtentums erforderlich. Die „missi dominici“ Karls des Großen und die I.G.A.M.E. von heute („Inspecteurs Généraux à Mission Extraordinaire“²⁰)), Generalinspektoren mit Sonderauftrag, die in wichtigen Fragen der inneren Sicherheit auf (militärischer) Regionalebene tätig werden, sind Träger der Zielstrebigkeit, mit der, unter Verwendung von kirchlichen Organisationsformen, die den Zusammenbruch des römisch-christlichen Galliens überdauert hatten, der Weg zum Einheitsstaat verfolgt wurde²¹). Ihre konsequente Fortführung ist wesentlich den mit der Rezeption des römischen Rechts sich formierenden Legisten zu verdanken²²), deren politisches Erbe dann die Parlamente übernahmen, jene hohen Gerichtshöfe, die den Kern der königlichen Bürokratie bildeten und den Weg der Verwaltung aus der Rechtsprechung ebneten²³). Wenn auch in Frankreich bisher kein eigentliches Beamtentum als ständiger Typus im mitteleuropäischen Sinne bestanden hat, der in einer staatstragenden Schicht hätte wirksam werden können, einer Klasse, die bei unseren Nachbarn mehr

¹⁶) Karl Mannheim, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, zitiert nach der Ausgabe Darmstadt 1958, S. 104.

¹⁷) Karl Mannheim, a. a. O., S. 268.

¹⁸) Die Unfähigkeit zu trauern, München (1967), S. 112.

¹⁹) La Mort de l'Etat republicain, Paris (1947), S. 145.

²⁰) Langrod I, S. 208 f. und Langrod II, S. 7.

²¹) Vgl. Pierre Legendre, Histoire de la pensée administrative in Traité de science administrative, Paris/La Haye 1966, S. 9.

²²) Vgl. Carl Schmitt, Die Formung des französischen Geistes durch den Legisten in Deutschland-Frankreich (Zeitschrift des Deutschen Instituts, Paris), Heft 2/1942, und Eschmann, a. a. O., S. 133 ff.

²³) Vgl. Herbert von Borch, Obrigkeit und Widerstand, Tübingen 1954, S. 106, und Eschmann, a. a. O., S. 158 ff.

von Richtern und Advokaten – die Tradition der Legisten und Parlamente fortführend – repräsentiert wurde, so stellen doch die „Commissarii“²⁴⁾, die juristisch und verwaltungsmäßig geschulten Beauftragten des absolutistisch regierenden Monarchen des 17. Jh., und die großen Intendantengestalten wie Sully, Colbert und Turgot in späterer Zeit bereits die Vorformen des den Mißstand des Ämterverkaufs überwindenden „Grand commis“ dar, die das „Ancien Régime“ ebenso stützten wie das System Napoleons und die bourbonische Restauration, Napoleon III. so gut wie heute de Gaulle. Dennoch wurde Frankreich, im Gegensatz zum preußischen Beamtenstaat, in dem der Beamte Macht ausübte und als solcher auch eine Macht darstellte, deren Konfrontation mit dem Herrscher oft dramatische Gestalt annahm und sich in den Stein-Hardenbergschen Reformen in eine gewagte Oppositionsstellung zum Monarchen begab, weder zu einem autoritären Beamtenstaat, noch brachte es ein Beamtentum hervor, dessen Träger sich zwischen Staat und Gesellschaft halten mußten, wenn sie ein staatstragender Faktor werden wollten. Diese Lage hat sich in der neueren Zeit gewandelt, eine Entwicklung hat begonnen, zu der die Umgestaltung des öffentlichen Dienstes nach dem 2. Weltkrieg entscheidend beigetragen hat.

Die trotz der strukturellen Mängel – u. a. Verhaftung im System der politischen Ämterpatronage („le favoritisme“), Instrumentalisierung des Beamten zu einem reinen „Agent du gouvernement“, einem Werkzeug der Regierung, durchweg geringes Ansehen des Beamten in der Öffentlichkeit, allgemeine Unbeständigkeit des öffentlichen Dienstes, die den Zustrom der Bewerber aber trotzdem nicht versiegen läßt²⁵⁾ – unterstrichene „einzigartige Verwaltungstradition Frankreichs“²⁶⁾, die Stabilität der französischen öffentlichen Verwaltung, die die staatliche Lebensfähigkeit weitgehend gewährleistete und zum Symbol der Kontinuität geworden ist, im Gegensatz zu einem dem Gesetz der Veränderlichkeit im negativen Sinne verfallenen politischen Leben, all das hielt Debré nicht davon ab, bereits 1947 im Zusammenhang mit der „Kopernikanischen Umstellung der öffentlichen Verwaltung“²⁷⁾ die entscheidenden Postulate noch einmal eindringlich aufzustellen, zu deren Lösung er zu dieser Zeit schon seinen Beitrag geleistet hatte: hierarchischer Aufbau in der Aufgabenverteilung und Zuständigkeitsregelung, einheitliche Auffassungen in den verschiedenen Bereichen der Verwaltung, ihre Unabhängigkeit und der Zugang für alle Bürger unter denselben Bedingungen zu den Staatsämtern²⁸⁾.

III. Die Ausbildung vor 1945

Vor der Gründung der ersten „Ecole d'Administration“ im Jahre 1848 lagen Versuche, die Ausbildung des Nachwuchses in einer Synthese zwischen Beschäftigung im „Conseil d'Etat“, Universitätsstudium und verschiedenen „stages“ (Ausbildungsabschnitten) zu regeln. Deutsche Gedanken, übernommen von bekannten französischen Wissenschaftlern, die sich in Deutschland umgesehen hatten (Cuvier, de Laboulay,

²⁴⁾ Vgl. Otto Hintze, Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte in Staat und Verfassung, Band I, Göttingen (1962), S. 242 ff.

²⁵⁾ Vgl. Roger Grégoire, La Fonction publique, Paris (1954) S. 346 (zitiert bei Langrod I, S. 204).

²⁶⁾ Vgl. Langrod I, S. 192.

²⁷⁾ Vgl. Langrod I, S. 193.

²⁸⁾ a. a. O., S. 108.

KABELDÜKER

aus Kunststoffrohren oder
Stahlmantelrohren
im Einzugs- und Verlegeverfahren

Sichere Ausführung in allen
Bodenarten, auch Fels, auf Grund
umfangreicher Erfahrungen

Beratung,
Entwurf und Ausführung

HEINR. ELSKES K.G.

Wasserbauunternehmung

41 DUISBURG

Wanheimer Straße 211

Postfach 183, Telefon 20754

mit ihren Sympathien für das württembergische Vorbild der „Karlsakademie“), waren bei der Gründung dieser Schule kurz nach der Februarrevolution nicht unbeteiligt. Die weltanschaulichen Bindungen an den Saint-Simonismus, die die eigentlichen Gründer der Schule, Carnot und Reynaud, bei ihrem Werk bestimmt hatten, waren mit der Anlaß zu der baldigen Auflösung der Verwaltungsschule, wenn auch nach Langrod der tiefere Grund für die Kurzlebigkeit in der politischen Notwendigkeit lag, der neuen Regierung unter Louis-Napoleon „eine absolut freie Hand in der Auswahl der Staatsbeamten zu sichern“²⁹⁾. Der Gedanke, eine besondere Ausbildung in Verwaltungswissenschaft und Verwaltungsrecht in die Beamtenausbildung einzubauen, blieb jedoch so lebendig, daß 1871 der bei uns durch seine Kontroverse mit seinem deutschen Kollegen G. Jellinek über die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte³⁰⁾ auch bekannt gewordene Verfassungsrechter Emile Boutmy in einem Memorandum zur Gründung einer Hochschule für Politik ausführen konnte: „Die hohen Sonderschulen für Recht und Medizin, die Ecole Polytechnique und die Ecole Normale Supérieure erziehen zu rein beruflichen Fähigkeiten. Die Sorbonne und das Collège de France erziehen Schöngeister und Schwätzer. Aber der unterrichtete Mann, der scharfsinnige Beobachter der großen Geistesbewegungen seines Jahrhunderts, der in der Lage ist, diese zu meistern und zu fördern, der aufgeklärte Bürger, der sachverständige Richter

²⁹⁾ Vgl. Langrod I, S. 213.

³⁰⁾ Vgl. Roman Schnur (Hrsg.), Zur Geschichte der Erklärung der Menschenrechte, Darmstadt 1964.

in politischen Fragen, der fähig ist, sie zu diskutieren und die öffentliche Meinung zu lenken — woher kommen sie? Wo ist die Schule, die sie vorbereitet? Die Geister dieses Wertes, denen man da und dort in der Welt begegnet, haben sich selbst gebildet, wie sie eben konnten, mit Mitteln, die sie ganz und gar selbst schaffen mußten. Sie sind das „Geschenk des Zufalls“, und der Zufall geht geizig mit ihnen um. Die Mittelklasse der Intelligenz, die die Stärke und das Bindemittel einer Gesellschaft ist, fehlt fast vollkommen in Frankreich“³¹⁾. Die „Ecole libre des Sciences politiques“ wurde 1872 in Paris gegründet. Die erste „Formel“, die Verwaltungsschule von 1848, die stark von dem Vorbild der „Ecole Polytechnique“ beeinflußt war, hatte auch deren Mängel: kostenlose Ausbildung, hoch entwickelter Korpsgeist, Unfähigkeit, das Problem einer allgemeinen, politischen und wirtschaftlichen Bildung mit einer besonderen Vorbereitung auf den Verwaltungsdienst zu verbinden. Das Beispiel der „Ecole Normale Supérieure“ weist auch grundsätzliche Mängel auf: sie bereitet unter sozial anfechtbaren Bedingungen für die verschiedenen staatlichen Ausleseprüfungen vor. Aus diesen unbrauchbaren Lösungen ergibt sich nach Debré³²⁾ ein dritter Weg: der Einbau der „Ecole libre des Sciences politiques“ in die Universität Paris als „Institut d'Etudes politiques“ mit Zweigstellen in der Provinz; die Verbindung endlich zur E.N.A. ist mit der Feststellung Gilbert Tixiers gekennzeichnet: die Institute zeigen die Probleme auf, für die die E.N.A. die zeitgemäßen Lösungen zu geben hat³³⁾.

IV. Résistance und Reformbestrebungen

Im Rahmen der Reform des öffentlichen Dienstes in Frankreich nehmen die Nachwuchs- und Laufbahnfragen einen besonderen beherrschenden Platz ein, weil hier — wie in allen Großorganisationen — die ersten Weichen für die Zukunft gestellt werden. Das erklärt auch die politische Brisanz, mit der diese Fragen bereits in der Résistance behandelt wurden, womit auf einem wichtigen Teilgebiet des staatlichen Lebens die außergewöhnlichen Möglichkeiten zu Reformen eingeleitet wurden, wie sie eine säkulare Katastrophe als einmalige Chance anzubieten hat, selbst wenn der Ausklang des Geschehens nicht mit derselben Eindringlichkeit zu einem völligen Neubeginn und radikalen Umdenken in allen Lebensbereichen zwang, wie das bei uns 1945 der Fall war. Die Erneuerungsbewegung im Widerstand, in der bunten Mischung zahlreicher weltanschaulicher Abstufungen, konnte ihre Augen nicht vor der Einrichtung der „Grand corps de l'état“ schließen, jenem Reservoir an Verwaltungsroutine, „außerordentlicher Erfahrung, anonymer Beharrlichkeit und großem Rechtsgefühl“³⁴⁾. Die schon seit langem angestaute Kritik an diesen Institutionen formulierte eine Widerstandszeitschrift 1943 so: „Alle hohen Beamten, die zu diesen Korps gehören, sind in keiner Weise vom Volke abhängig: sie sind weder von ihm, noch von der Volksvertretung gewählt, noch nicht einmal, entgegen

der Behauptung, vom Präsidenten der Republik ernannt. In Wirklichkeit kommen sie aus den besitzenden Klassen oder Schichten, die unmittelbar von diesen abhängen, sie werden ernannt und befördert von den Spitzen dieser Institutionen selbst, und das „corps“ weist der Regierung die leitenden Persönlichkeiten zu, die durch Kooptierung ausgewählt wurden. Strenge Bestimmungen machen es der Regierung unmöglich, hier eine Änderung vorzunehmen. Diese Institutionen handeln im Interesse des Großbürgertums, aus dem sie kommen und mit dem sie über alle Arten familiärer und finanzieller Bindungen zusammenhängen, durch Herkunft, Erziehung und gemeinsame Geisteshaltung. Ihre Tätigkeit ist im übrigen gekennzeichnet durch ihre bürokratischen Verfahrensweisen, ihren Kastengeist, ihre entschiedenen und betonten antidemokratischen Traditionen. Höchstens im umgekehrten Sinne kann man diese „Grands corps“ „republikanische Einrichtungen“ nennen, die die eigentliche Struktur des „Etat français“ bilden“³⁵⁾. Mit solch scharfer Kritik an den personalpolitischen Aspekten des „Conseil d'Etat“, der „Inspection des Finances“, der „Cour des Comptes“ und des „Corps Diplomatique“, die sich in nichts unterscheidet von den Klagen in England um die Mitte des vorigen Jahrhunderts über die mit Korruption gepaarte Ämterpatronage bei der „East India Company“, was zur Einleitung der großen Reform des englischen öffentlichen Dienstes mit der Gründung der „Civil Service Commission“ (1855) führte³⁶⁾, wurden die über hundert Jahre anhaltenden Reformbemühungen abgeschlossen und eine einheitliche Laufbahnregelung für den höheren Dienst getroffen. Das war die Absicht, auch wenn Debré gegenüber dieser Neugestaltung des öffentlichen Dienstes vor irrigen Vorstellungen warnte³⁷⁾, deren eine z. B. darin besteht, anzunehmen, die neue Laufbahnregelung sei tatsächlich einheitlich, was weniger im Grundsätzlichen als de facto auch mit der Existenz der „Ecole Nationale Supérieure des P.T.T.“ (E.N.S.P.T.T.) bewiesen ist, die sich als einzige „Grande école“ allen Eingliederungsbestrebungen in die E.N.A. entziehen konnte³⁸⁾. (Wenn auch der Ausbildungsgang der E.N.S.P.T.T. in enger Verbindung mit der E.N.A. steht — der größte Teil des 2. und 3. Schuljahres in der Höheren Postfachschule wird an der E.N.A. verbracht, an der der Nachwuchs für den höheren Postdienst auch mündliche und schriftliche Prüfungen ablegen muß —, so zeigt sich doch, daß die Wirklichkeit noch nicht ganz der theoretischen Ausgangsvorstellung bei der Reform von 1945 entspricht: Notwendigkeit einer einheitlichen Auffassung von den Aufgaben der Verwaltung und dem Auftrag des Staates³⁹⁾.)

³¹⁾ Vgl. Michel-Mirkine/Guetzévitch, *Les Idées politiques et sociales de la résistance*, Paris 1954, S. 102 f. Zur Kooptation preußischer Art, die bei gleichtüchtigen Bewerbern andere als eignungs-mäßige Momente den Ausschlag für die Annahme geben ließ, vgl. Staatssekretär G. Langensiepen, *Zur Qualifikation der leitenden Verwaltungsbeamten* in DVBl Heft 24/1966, S. 920 (wo er diesbezüglich Otto Hintze, *Soziologie und Geschichte*, Göttingen, 1964, S. 101 zitiert).

³²⁾ Vgl. Tixier, a. a. O., S. 13 ff. und Pierre Escoube, *Les hommes dans l'Administration* (aus 5. Teil „Les hommes“, Kap. 10) in *Traité de science administrative*, S. 326.

³³⁾ a. a. O., S. 127.

³⁴⁾ Vgl. Franz-Josef Neuhoff, *Das Laufbahnbild des höheren Beamten der französischen Postverwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Nachwuchsgewinnung und Ausbildung* in Arch-PF Heft 6/1966, S. 593, und „Annuaire 1966–67“ der „Association amicale des élèves et anciens élèves de l'Ecole Nationale Supérieure des P.T.T.“, Paris (1966), S. 10.

³⁵⁾ Vgl. Tixier, a. a. O., S. 60.

³¹⁾ Zitiert nach Karl Epting, *Die französische Hochschule für Politik in Frankreich im Widerspruch*, Hamburg (1943), S. 112 f.

³²⁾ a. a. O., S. 131 ff.

³³⁾ Vgl. Gilbert Tixier, *La formation des cadres supérieurs de l'Etat en Grande-Bretagne et en France*, Paris 1948, S. 54. Zum heutigen höheren Staatsdienst in England vgl. N. Johnson, *Die Anpassung des höheren britischen Staatsdienstes an die Erfordernisse der Gegenwart* in *Verwaltungsarchiv* Heft 2/1968, S. 97 ff.

³⁴⁾ Vgl. Langrod I, S. 200.

**Wir sorgen dafür:
gerade geschrieben –
im Handumdrehen
angekommen.**

Gerade geschrieben – schon angekommen. Das ist Fernschreiben! Blitzschnelle Nachrichtenübermittlung, Sicher und rationell. Fernschreiber von SEL stehen in aller Welt. Helfen Nachrichtenagenturen, mit den Ereignissen Schritt halten. Meistern die Entfernung zwischen Geschäftspartnern.

Unternehmen der Nachrichtentechnik müssen so international sein wie ihr Tätigkeitsfeld. SEL gehört seit 1928 zum Firmenverband der International Telephone and Telegraph Corporation (ITT), dem heute über 200 Firmen mit 235.000 Mitarbeitern angeschlossen sind. Wissenschaftler und Techniker tauschen ihre Erfahrungen in For-

schung und Entwicklung aus. Über die Hälfte des gesamten Entwicklungsaufwandes kommt aus den europäischen ITT-Unternehmen.

SEL kann also internationale Höchstleistungen für die ganze Nachrichtentechnik erbringen: Fernsprechtechnik · Eisenbahnsignaltechnik · Fördertechnik und Postautomation · Weitverkehr und Navigation · Fernschreib- und Datentechnik · Kabel und Leitungen · Bauelemente · Rundfunk-, Fernseh-, Phono-Geräte der Marke ITT Schaub-Lorenz.

Standard Elektrik Lorenz AG
7 Stuttgart-Zuffenhausen
Tel.: *(0711) 895 21, Telex: 7 22 861



Im weltweiten **ITT** Firmenverband



Neben der von der politischen Lage nach 1945 beflügelten enthusiastischen Grundstimmung für Reformen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gab es in den der Erneuerung erschlossenen Teilbereichen auch sehr profilierte Gesichtspunkte, die nicht erst der Gunst der Stunde bedurften, um geltend gemacht zu werden, sondern als Gedanken bereits seit Jahrzehnten dahinschwelten, ohne über das Stadium von Analysen und Programmen entscheidend hinausgelangt zu sein. Das bedeutete auf der anderen Seite kein Hindernis dafür, daß man reale Reformanliegen mit dem Geist reformatorischen Eifers erfüllte, der manchmal mehr der traditionellen politischen Eloquenz als einem vom „esprit cartésien“ inspirierten Aktionsprogramm entsprach. Kennzeichnend für diesen Geist der Erneuerung ist — als Beispiel unter vielen herausgegriffen — das 1944 vom „Conseil National de la Résistance“ (einem Dachverband, in dem die Vertreter der verschiedenen Widerstandsgruppen und politischen Parteien vertreten waren) veröffentlichte Programm, das unter den unerläßlichen Reformen auf sozialem Gebiet aufführte: es müsse der französischen Jugend tatsächlich jede Ausbildungsmöglichkeit gegeben werden, unbeschadet der wirtschaftlichen Lage der Eltern, mit dem Ziel, die höchsten Ämter all denjenigen zugänglich zu machen, die die Fähigkeiten besitzen, sie auszufüllen, so daß eine echte Elite zustande kommt, die nicht auf Geburtsvorrechten, sondern auf echten Verdiensten beruht und ständig aus dem Volke heraus ergänzt wird⁴⁰).

V. Die Reform der „Fonction publique“ von 1945

Bei der Behandlung der näher liegenden Schlüsselfrage der Umgestaltung des Verwaltungsapparates sollte es keine Tabus geben. Der absolute Vorrang kam jedoch dem Zentralproblem der Ausbildung und der Nachwuchsregelung der maßgebenden Beamtengruppen zu, wie sie in den „Grands corps“ zusammengefaßt sind. Der bisherige Zustand, bei dem die Nachwuchs- und Laufbahnregelung von den einzelnen Verwaltungszweigen auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet war, mit den bekannten kritisierten Folgen einer übertriebenen Spezialisierung und mit Korpsgeist wohlwollend gleichgesetzten Gruppenbildung, war änderungsbedürftig. Gleichzeitig sollten Mängel in der Vor-Ausbildung für den Beamtenberuf, soweit dies Aufgabe der Hochschulen war, beseitigt werden, und schließlich stand eine interne Flurbereinigung innerhalb der Laufbahnen des höheren Dienstes zur Debatte, die eine Entlastung der Führungskräfte von laufbahnwidrigen Aufgaben herbeiführen sollte.

Die bereits erwähnte VO No. 45-2283 hatte die Umgestaltung der Laufbahn des höheren Dienstes zum Gegenstand, sie stellte aber auch die Ausbildung auf neue Grundlagen und schuf in diesem Zusammenhang für den Ausbildungsabschnitt vor der beamtenmäßigen Sonderausbildung eigene Universitätsinstitute mit Lehraufgaben auf dem Gebiet der Politik und der allgemeinen Verwaltungswissenschaft (Instituts d'études politiques). Neben diesen Instituten wurde ein „Centre des hautes études administratives“ (Zentrum der höheren Verwaltungsstudien) gegründet, das der ergänzenden Ausbildung und Fortbildung von Führungskräften im Überseedienst und im Bereich der verstaatlichten oder vom Staat kontrollierten Unternehmen dient.

⁴⁰) Vgl. Michel-Mirkine/Guetzévitsch, a. a. O., S. 217.

VI. Die „Ecole Nationale d'Administration“ (E.N.A.)

Im Mittelpunkt der genannten Verordnung, dem „Grundgesetz“ der „Réforme de la Fonction Publique“, steht jedoch die E.N.A.; sie ist eingerahmt von der „Staatlichen Stiftung für politische Wissenschaften“⁴¹) und den bereits genannten Instituten für politische Studien auf der einen Seite und vom Zentrum der höheren Verwaltungsstudien auf der anderen Seite.

Die Aufgabe der E.N.A. ist die eigentliche Ausbildung des Nachwuchses für die höhere Laufbahn in folgenden Verwaltungen und Behörden: Staatsrat und Rechnungshof (als Beisitzer), Verwaltungsgerichte (als Rat), Finanzinspektion und Generalinspektion der Sozialverwaltung (als Hilfsinspektor), diplomatisches und konsularisches Korps (im Auswärtigen Amt oder im Auslandsdienst als Botschaftssekretär), Außenwirtschaftsverwaltung (als Handelsattaché) und endlich für den höheren Ministerialdienst als „Administrateur civil“ (der „Grand commis“ von heute), der im Kultusministerium, Sozialministerium, Landwirtschaftsministerium, Kriegsopferministerium, Kriegsministerium, Wirtschafts- und Finanzministerium, Erziehungsministerium, Ausrüstungsministerium, Industrieministerium und Innenministerium, in der Hinterlegungskasse („Caisse des Dépôts et Consignations“) und im Generalsekretariat bei der Regierung (entspricht etwa dem Bundeskanzleramt) Dienst tut⁴²); die beim Innenministerium eingewiesenen „Administrateurs civils“ können auch unmittelbar in die Präfekten-(Regierungspräsidenten)Laufbahn gelangen, in der sie als Kabinettschef oder Kabinettsdirektor oder als Generalsekretär bei einer Präfektur oder bei einem „Sous-Préfet“ (Landrat) eingesetzt werden⁴³).

Für die Zulassung zur E.N.A. gibt es, entsprechend der Vorbildung des Bewerbers, zwei verschiedene Wege: „premier concours“ (Studentenprüfung) und „second concours“ (Beamtenprüfung)⁴⁴). Zwei Drittel der jährlich für die Zulassungsprüfungen festgelegten Plätze (1966 betrug die Gesamtzahl 96) entfallen auf höchstens 25 Jahre alte männliche und weibliche Bewerber, die Diplominhaber in verschiedenen Fächern sind (z. B. Jura, Philologie, Naturwissenschaften, Pharmazie, Medizin, Veterinärmedizin). Gleichwertig ist der Abschluß auch an einer Reihe von Höheren Fachschulen (z. B. Hochschule für das Fernmeldewesen⁴⁵), Hochschule für lebende Orientalische Sprachen, Berghochschulen, Landwirtschaftliche Hoch-

⁴¹) Vgl. Ordonnance Nr. 45-2284 vom 9. Oktober 1945 (J. O. v. 10. Okt. 1945).

⁴²) Die Amtsbezeichnung „Administrateur civil“ deckt sich nicht ganz mit dem deutschen Ministerialrat (vgl. hierzu Anm. 44 bei Quaritsch, S. 228). Neben dem „Administrateur civil“, der stets Absolvent der E.N.A. ist, gibt es den „Attaché d'Administration“ (ohne E.N.A.-Ausbildung, aber mit einer akademischen Abschlußprüfung), der dem „Administrateur“ beigeordnet ist. Die Rekrutierung der „Attachés“ wirft Probleme auf: es gibt zuwenig Bewerber — entgegen dem Optimismus Grégoires — s. Anm. 25 — (1964 waren von 2645 freien Stellen nur 1200 besetzt, ein Umstand, den Langrod (II, S. 11) mit fehlenden „guten Arbeitsbedingungen“ und der Notwendigkeit erklärt, „die Rekrutierungsmethoden zu verbessern, indem man z. B. auch den Übergang von dieser Kategorie zu der Gruppe der „Administrateurs civils“ ermöglicht).

⁴³) Der höhere Postfachdienst gehört nicht zu den für E.N.A.-Absolventen offenstehenden Laufbahnen (vgl. Anm. 38).

⁴⁴) Vgl. Décret Nr. 65-986 vom 24. Nov. 1965 (J. O. vom 25. Nov. 1965).

⁴⁵) Seit 1942 gibt es zwei Abteilungen in der Ausbildung zum höheren Dienst bei der franz. Postverwaltung: die „E.N.S.P.T.T.“, die für den Verwaltungsdienst ausbildet, und die „E.N.S. des Télécommunications“, die den Nachwuchs für den höheren techn.

schulen). Das andere Drittel der Plätze ist für männliche und weibliche, höchstens 30 Jahre alte Bewerber vorgesehen, die mindestens 5 Jahre im öffentlichen Dienst verbracht haben, wobei der über die gesetzliche Wehrpflichtdauer abgeleistete Militärdienst angerechnet wird. Für beide Wege werden als Bildungsniveau Hochschulkenntnisse vorausgesetzt. In der Platzverteilung zwischen beiden Gruppen kommt das nach wie vor bei der Rekrutierung des höheren Beamtenwachstums bestehende Übergewicht der Hochschulabsolventen (und hier besonders der Inhaber von Diplomen der Hochschule für Politik in Paris, die von 1959 bis 1961 allein 55 % der E.N.A.-Schüler für die 1. Gruppe stellte) zum Ausdruck; das zeigt sich später weiter besonders deutlich bei den zu den „Grands corps“ tretenden E.N.A.-Absolventen: von den in den Jahren 1953 bis 1963 beim „Conseil d'Etat“ eingetretenen „Enarchen“ (ehem. Schüler der E.N.A.) waren 73 % und von den bei der „Inspection des Finances“ angenommenen „Ehemaligen“ 60 % Volljuristen⁴⁶⁾. Es ist also ein Irrtum zu meinen, die französischen Reformbestrebungen in der Verwaltung allgemein führten dazu, daß „die juristische Mentalität ihre traditionelle Hegemonie verliere“⁴⁷⁾; wie in Deutschland bleibe auch in Frankreich die Verwaltung die Domäne der Juristen, und auch in Frankreich gilt die Ansicht, „daß eine solide Justizausbildung Vorbedingung und Grundlage für eine erfolgreiche Ausbildung in der Verwaltung“ ist⁴⁸⁾.

Der endgültigen Aufnahme in die E.N.A. sind verschiedene Auslesesiebe vorgeschaltet: eine Zulassungsprüfung („Epreuve d'admissibilité“), eine Aufnahmeprüfung („Epreuve d'admission“) und für die Bewerber aus der 2. Gruppe (Beamtenbewerber – fakultativ –) noch ein mit einer auch aus den vorgenannten Teilen bestehenden Eignungsprüfung („Epreuve d'accès“) abschließender Vorbereitungslehrgang („Cycle préparatoire“).

Die Zulassungsprüfung für Bewerber der 1. Gruppe besteht aus schriftlichen Arbeiten über je ein Thema aus folgenden Stoffgebieten:

1. Allgemeine Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ideen und Geschehnisse seit der Mitte des 18. Jahrhunderts.
2. Wirtschaft.
3. Politische und verwaltungsmäßige Institutionen und internationale Einrichtungen.

Hinzu kommt eine Übersetzung aus dem Deutschen, Englischen, Arabischen, Spanischen, Italienischen und Russischen ins Französische. 1966 lauteten beispielsweise die Themen für die 1. Gruppe:

- zu 1. Halten Sie den Liberalismus in der Welt für einen Fortschritt oder für einen Rückschritt?

Dienst der Post, den Rundfunk (O.R.T.F.) und für andere Verwaltungen (auch Zivilingenieure) heranbildet. Beide Schulen unterstehen einem „Ingénieur Général“, dem für die beiden Bereiche je ein Studiendirektor zur Seite steht.

⁴⁶⁾ Vgl. Escoube, a. a. O., S. 393.

⁴⁷⁾ Vgl. Langrod I, S. 210; Langensiepen, a. a. O., S. 921, behauptet das Gegenteil.

⁴⁸⁾ Vgl. Gotthard Brunner, Die Ausgestaltung der Verwaltungsbildung im Vorbereitungsdienst in Die Verwaltungsbildung der Juristen, S. 39 (vgl. Anm. 12). Roman Schnur hält die These, daß die justizjuristische (nicht die juristische!) Ausbildung des höheren Verwaltungsbeamten unabdingbar ist, durch die Beispiele Englands und der USA, aber auch durch die Schaffung der E.N.A. für widerlegt („Zeit für Reform“, Köln/Berlin 1967, S. 44); vgl. ferner Emerich Francis, Beamten-Spezialisten für das Allgemeine in Nachrichtenblatt für die Vereinigung der höheren Postbeamten Heft 3/1966, S. 73.

- zu 2. Wirtschaftspolitik der Regierung und Ausmaße von Produktionseinheiten,
- zu 3. Sind Sie der Ansicht, daß eine Verwaltungsgerichtsbarkeit selbständig sein soll oder nicht?.

Bei der Sprachenprüfung (die bei der 2. Gruppe erst in der Aufnahmeprüfung verlangt wird) lag der Übersetzung aus dem Deutschen ein etwa 300 Worte großer Text von Friedrich Franz von Unruh mit politischem Einschlag zugrunde (in früheren Jahren waren es z. B. ein Text aus Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne; Friedrich Georg Jünger, Spiegel der Jahre; Ernst von Salomon, Das Schicksal des A. D.; Adalbert Schmidt, Wege und Wandlungen moderner Dichter (über Bert Brecht)).

Die Themen für die 2. Gruppe lauteten 1966:

1. In welchem Umfang enthüllen die Schwierigkeiten Frankreichs nach dem 2. Weltkrieg eine Wachstumskrise oder mangelnde Anpassungsfähigkeit?
2. Die Wahlverfahren und ihre politischen Auswirkungen.
3. Die Entwicklung der Medizin und ihre wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Folgen⁴⁹⁾.

Die mündliche Prüfung in der 2. Gruppe umfaßte 1966 einen Vortrag über eines der folgenden Themen: Bezahlter Urlaub und Freizeit der Arbeiter, Die Umverteilung der Einkommen, Zweck, Mechanismus und Tragweite von Kollektivverträgen, Gespräche über verschiedene Texte (Lohnfragen beim Unternehmer, Aus dem politischen Testament Richelieus, Über die Arbeit des Einzelnen im Interesse der Öffentlichkeit, Kommunalfragen auf der Grundlage eines Zeitungsartikels und ein Text von Elgozy aus „Das Paradoxon des Technokraten“).

Wer die Zulassungsprüfung, die in den Prüfungszentren Paris, Bordeaux, Marseille und Strasbourg abgelegt werden, bestanden hat, steht in Paris vor der Aufnahmeprüfung, die sich nur aus mündlichen Teilen und einer Sportprüfung zusammensetzt: ein Kurzreferat über ein allgemeines Thema, Fragen aus dem Gebiet des Sozialwesens, des Verwaltungsrechts oder aus dem Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Weltpolitik. Die Sportprüfung enthält: 100-m-Lauf, 1000-m-Lauf, Hochsprung, Kugelstoßen, eine Kletterübung und 50 m Freistilschwimmen.

Den (mündlichen) Prüfungen der 1. Gruppe lagen für das Kurzreferat Texte von Duverger (aus „Einführung in die Politik“), Ferrandi (Artikel aus „Le Monde“ über Entwicklungsfragen), Raymond Aron („Achtzehn Lehrstücke über die industrielle Gesellschaft“) und Folliet (aus „Die Werte der Stadt“) zugrunde, ferner folgende Themen aus den erwähnten drei Stoffgebieten: Die Einwanderung in Frankreich, Der einheitliche Lohn,

⁴⁹⁾ Schriftliche Themen für die 1. Gruppe; 1961: Die Generationskonflikte im Frankreich von heute. Die Schwierigkeiten des Marktes für die landwirtschaftliche Produktion (Hindernisse und Abhilfen). Das französische Notstandsrecht; 1962: Die Entkolonialisierung. In welchem Umfang und mit welchen Mitteln ist eine Einkommenspolitik zu führen? Die Aufgabe der Ministerialinstanz seit 1875; 1963: Der Gedanke des Vaterlandes seit der Mitte des 18. Jahrh.. Halten Sie die Mittel, die zur Zeit der öffentlichen Hand in Frankreich zur Verfügung stehen, um liquide Mittel Investitionszwecken zuzuführen, für ausreichend? Das Gewerkschaftsrecht im öffentlichen Dienst. – Für die 2. Gruppe lauteten die Themen 1961: Die Information im modernen Leben. Die Gemeindeverbände. Soziale Sicherheit und Demographie; 1962: Heutige und künftige Folgen der Automation. Die verstaatlichten Unternehmen. Die friedliche Beilegung kollektiver Arbeitskonflikte; 1963: Der Rassismus heute. Der Wirtschafts- und Sozialrat. Die Bedeutung und Entwicklung der Steuern in Frankreich seit dem Ende des 2. Weltkrieges.

Arbeitseinsatz, Die franz. Löhne 1966, Gesetz und Verordnung, Die Zwangsstrafe im Verwaltungsgerichtsverfahren, Die Mehrwertsteuer, Die Anleihe-technik, Das Commonwealth, Das Abstimmungsverfahren in der ONU, Der Ausbau der Städte in Westeuropa und in Nordamerika, Die Zentren der Kupfer- und NE-Metallindustrie.

In beiden Prüfungen können in beiden Gruppen zusätzliche Punkte mit mündlichen Prüfungen in einer Fremdsprache und in folgenden Wissensgebieten erworben werden: Biologie, Völkerkunde, allgemeine und Wirtschaftsgeographie, Hygiene und Sozialmedizin, allgemeine Physik, Sozialpsychologie, technische Verfahren in Landwirtschaft und Industrie, ferner mit einer Mutübung, die als Motor- oder Segelflieger, Fallschirmspringer oder Bergsteiger abgeleistet werden kann. Bei der Zulassungsprüfung bietet den Studenten- und den Beamtenbewerbern eine Mathematikarbeit eine zusätzliche Möglichkeit für die Verbesserung der Bewertung. Im Zusammenhang mit den Sport- und Mutübungen zeigt sich deutlich eine Tendenz, nach der dem französischen Nachwuchs für den höheren Dienst neben strenger geistiger Schulung auch körperliches Training zugemutet wird, das allmählich das äußere Erscheinungsbild des jungen „Administrateur civil“ stärker zu prägen beginnt. Das kommt auch in der Bewertung des Militärdienstes zum Ausdruck⁵⁰). Der Bewerber um die Aufnahme in die E.N.A. braucht an sich seiner Wehrpflicht vor der Zulassungsprüfung noch nicht genügt zu haben, ist aber verpflichtet, so bald wie möglich seine Dienstzeit abzuleisten, so daß er beim Schuleintritt seine Wehrpflicht erfüllt hat; im übrigen soll er sich während seiner Dienstzeit als Reserveoffiziersanwärter bewerben.

Der Vorbereitungslehrgang („Cycle préparatoire“) ist für die Bewerber der 2. Gruppe bestimmt, denen so die Möglichkeit gegeben ist, sich für die Dauer von einem Jahr (wenn sie aus dem höheren Dienst kommen) oder von zwei Jahren (für Angehörige des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes), bereits unter der Aufsicht der E.N.A. selbst, auf die Zulassungs- und Aufnahmeprüfung vorzubereiten. Die einjährige Vorbereitungszeit besteht in einem Studium an dem Pariser Institut für politische Studien. Für die andere Gruppe ist die zweijährige Vorbereitungszeit so geregelt, daß das bereits begonnene Studium der Rechte oder der Politikwissenschaft fortgesetzt wird; der andere Teil dieser Gruppe wird in Paris bei dem Berufsförderungs- und Ausbildungszentrum des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, soweit er in Paris und Umgebung wohnt, oder beim Institut für politische Studien in Grenoble zusammengefaßt. Auch die Zulassung zu diesen großzügigen Vorbereitungsmaßnahmen führt über Prüfungen (Zulassungs- und Aufnahmeprüfung). Die drei Teile der Zulassungsprüfung, die u. a. auch in Algier, Brazzaville, Dakar, Fort-de-France, Rabat, Saigon, Tananarive, Tunis und Yaoundé abgelegt werden konnte, bestanden 1967 aus einer zusammenfassenden Darstellung über die charakteristischen Elemente der politischen Lage in Argentinien, wozu als Grundlage ein entsprechender Text zur Verfügung gestellt wurde, und aus einer Aus-

⁵⁰) Vgl. zu dieser Frage für die deutschen Verhältnisse Brunner, a. a. O., S. 40 (s. Anm. 48), der unter Hervorhebung der Selbstverständlichkeit der Ableistung des Wehrdienstes für die E.N.A.-Schüler seiner persönlichen Auffassung Ausdruck gibt, nach der er den Wehrdienst und die Ausbildung zum Reserveoffizier auch für einen deutschen höheren Verwaltungsbeamten nicht für schädlich erachtet.

arbeitung über eines der folgenden Themen: Der Bauer in Frankreich, Bürger und Staat, China und die heutige Welt; den mündlichen Teil bildete ein 20 Minuten dauerndes Gespräch mit dem Prüfungsrat.

Außerhalb dieses Vorbereitungslehrgangs für die Beamtenbewerber bereiten die Institute für politische Studien in Paris, Aix, Bordeaux, Grenoble, Lyon, Strasbourg und Toulouse auf die Zulassungs- und Aufnahmeprüfungen zur Schule selbst vor.

Die Dauer der Schulzeit für die i. D. 27 Jahre alten 90 Schüler einer Promotion (Jahrgang)⁵¹) beträgt 29 Monate. Sie umfaßt:

1. einen Ausbildungsabschnitt „Praktischer Verwaltungsdienst“, der während eines Jahres außerhalb von Paris („Stage des depaysement“) (Mutterland, Übersee oder Ausland) abgeleistet wird. In dieser Zeit soll der Schüler Verwaltungserfahrung und Praxis erwerben und lernen.
2. eine reine Studienzeit, die 17 Monate dauert und aus Vorlesungen, Diskussionen unter Aufsicht, Arbeitsgemeinschaften, Seminaren, fremdsprachlicher Ausbildung, Unterweisung bei öffentlichen und privaten Unternehmen im In- oder Ausland, praktischen Übungen, Besichtigungsreisen im In- und Ausland und Sport besteht.

Für den praktischen Verwaltungsdienst standen z. B. der Promotion „Stendhal“ (1963-1965) als Ausbildungsstellen 87 Präfekturen, 2 Botschaften (Marokko und Tunis) und die Dienststelle des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Marjolin, zur Verfügung. Nach Beendigung dieses Ausbildungsabschnittes haben die Schüler einen Bericht vorzulegen, dessen Themen sehr vielfältiger Art sind (für die o. a. Promotion z. B. Der Präfekt und die Öffentlichkeitsarbeit, Die Sanierung der alten Stadtviertel von Paris, Studie über eine neue Krankenhausorganisation auf Departementebene, Facharbeiterausbildung in Lothringen, Wasserfragen im Departement Eure-et-Loir, Die Euratomverträge, Das Ochsenfleisch im Departement Maine-et-Loire (sic!).

Die theoretische Ausbildung, die sich in ihren Methoden nicht von den in anderen ähnlichen Einrichtungen angewandten unterscheidet, soll auf der Grundlage der bereits vor Eintritt in die E.N.A. erworbenen Kenntnisse die Schüler mit den Problemen und dem Aufbau der französischen Verwaltung vertraut machen. Das geschieht in Form lehrmäßiger Unterweisung vorwiegend in Rechts- und Verwaltungswissenschaft, in Wirtschafts- und Finanzfragen und internationaler Politik. In dieser Studienzeit befassen sich die künftigen Führungskräfte jedoch nicht nur mit Verwaltungswissenschaft und Methodik (Statistik, Rechnungswesen gehören ebenso hierzu wie die Arbeit des im Finanzministerium zusammengefaßten Zentraldienstes „Organisation und Methode“, Operations Research und Psycho-Soziologie der Organisationen), sie lernen auch die Verwaltungsprobleme des Auslandes, in den internationalen Organisationen und in den Unternehmen der Privatwirtschaft kennen. Bis 1960 war der schulische Teil der Ausbildung in vier Abteilungen aufgegliedert, unter denen die Schüler nach Neigung und endgültigen Berufsabsichten wählen konnten: Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten, Wirtschafts- und Finanzfragen, Sozialwesen, Inter-

⁵¹) Die Promotionen werden mit markanten Namen bezeichnet: France combattante, Union Française, Croix de Lorraine, Nations Unies, Europe, Jean Giraudoux, Vauban, Lazare Carnot, Albert Camus, Saint-Just, Blaise Pascal, Stendhal usw.

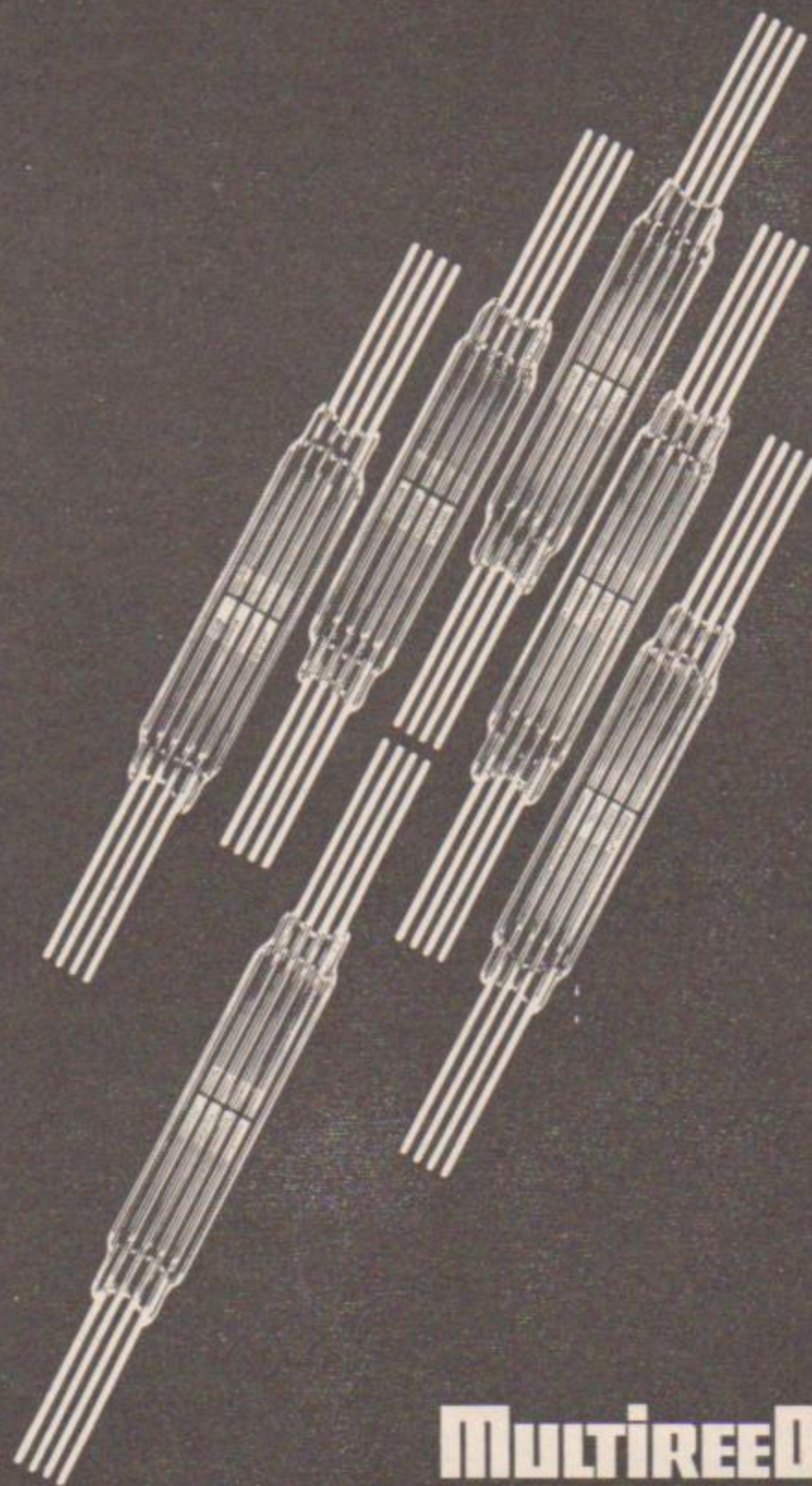
nationale Beziehungen. Der Wegfall dieser Spezialisierung des praktischen Unterrichts, die beim Abschlußzeugnis (Einstufung und Bewertung der Leistungen) zu Schwierigkeiten führte, macht aber auch wieder die Kehrseite der E.N.A.-Ausbildung offenbar: die Absolventen sind aufgrund ihrer Ausbildung grundsätzlich für alle Verwaltungszweige geeignet, jedoch nicht für eine Tätigkeit auf einem besonderen Gebiet. Bei Eintritt in den Beruf sind sie für die dort verlangte Arbeit „Novizen“⁵²⁾, mit zwar ausgezeichneter Allgemeinbildung, aber ohne praktische Vorkenntnisse für ihre Berufsarbeit. Diese Situation in der französischen Verwaltung entspricht im Grunde genommen auch der Forderung bei der „Ausgestaltung der Verwaltungsausbildung im Vorbereitungsdienst“ des deutschen Juristen⁵³⁾.

Im Rahmen der Schulausbildung nehmen die Vorlesungen an sich den geringsten Raum ein. 1964 z. B. wurde über folgende Themen gelesen: Die französische Industrie, Die Einkommenspolitik, Die internationalen Probleme 1945–1964, Statistik, Die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Der Außenhandel. Einen wesentlichen und wichtigen Teil in der theoretischen Unterweisung bilden die „Conférences“ (Arbeitsgemeinschaften), in denen Einzelprobleme behandelt und analysiert werden. Das Programm der Arbeitsgemeinschaften umfaßte 1964 folgende Stoffgebiete: 1. Verwaltungs- und Rechtsfragen: Politische Einrichtungen, Verwaltungsfragen (Struktur der franz. Verwaltung, Raumordnung, Der Verwaltungsbeamte, Das Verwaltungsgerichtsverfahren, Die Entwicklung der Staatsaufsicht und der Verwaltungskontrolle), 2. Internationale Beziehungen (Die großen Blöcke, Aktuelle intern. Probleme), 3. Wirtschafts- und Finanzfragen (Bevölkerung und Bevölkerungszunahme, Kapital und Kapitalmehrung, Probleme der franz. Landwirtschaft, Die Inflation in Frankreich, Staatshaushalt, Steuerfragen), 4. Unternehmensführung (Die augenblickliche Lage der franz. Unternehmen, Die Instrumente einer zusammengefaßten Unternehmensführung, Kaufmännische, technische und finanzielle Unternehmensführung, Personalführung), 5. Rechnungswesen (Einführung in die Technik des Rechnungswesens, Die Rechnungsführungsunterlagen und ihre Verwendung bei der Unternehmenskontrolle), 6. Statistik, 7. Sozialwesen (Probleme der Beschäftigung, Einkommen, Sozialinvestitionen).

Wie sehr die E.N.A. bemüht ist, nicht im Bereich der mehr oder weniger abstrakten Verwaltungswissenschaft steckenzubleiben, statt dessen in das Gebiet konkreter und angewandter Verwaltungstechnik vorzustoßen, beweist z. B. ein Seminar im Jahre 1964 über „Datenverarbeitungsanlagen in der Verwaltung und damit zusammenhängende Verwaltungsprobleme“, dessen auch veröffentlichte Ergebnisse auf praktischen Untersuchungen und Übungen aufbauen. In solchen Seminaren von mehrmonatiger Dauer, an denen wie bei den Arbeitsgemeinschaften etwa 12 bis 15 Schüler teilnehmen, werden unter Aufsicht von Arbeitsgemeinschaftsleitern (mit welchem grausamen Wort die Bezeichnung „Maître de conférences“ übersetzt werden kann), zu denen 1964 z. B. auch ein „In-

⁵²⁾ Jean-Francois Kesler, Les origines sociales des fonctionnaires (aus 5. Teil „Les hommes“, Kap. 11) in *Traité de science administrative*, S. 409. Zur gegensätzlichen Feststellung vgl. Francis, a. a. O., S. 70 u. 73 (was i. ü. auch schon im Titel der Arbeit zum Ausdruck kommt), ferner Langensiepen, a. a. O., passim.

⁵³⁾ Vgl. Willi Thiele, Die Ausgestaltung der Verwaltungsausbildung im Vorbereitungsdienst in *Die Verwaltungsausbildung der Juristen*, S. 34 (These 2) (s. Anm. 11).



MULTIREED

Das zukunftsichere Schaltelement für Fernsprechanlagen der neuen Generation ist der raumsparende TN-MULTIREED-Kontakt. Er besteht aus vier schnellschaltenden Reed-Kontakten mit golddiffundierten Kontaktstellen, die in einem mit Schutzgas gefüllten flachen Glasrohr eingeschmolzen sind. MULTIREED-Kontakte sind gegen Umwelteinflüsse wie Staub, Luftfeuchtigkeit sowie korrodierende Gase geschützt und schalten auf Leiterplatten zu Kopplern zusammengefaßt - die Sprechwege. TN-Fernsprechanlagen mit MULTIREED-Kopplern gewährleisten hervorragende Sprachübertragung, hohe Betriebssicherheit und lange Lebensdauer.



TELEFONBAU UND NORMALZEIT

6 Frankfurt 1 · Postfach 2369 · Telefon (06 11) 26 61

specteur Général des Postes et des Télécommunications“ gehörte, Texte über allgemeine Fragen ausgearbeitet. Die günstige Verbindung zwischen Theorie und Praxis zeigt sich aber auch darin, daß z. B. die Arbeitsgemeinschaft über Unternehmensführung den Abschluß der praktischen Arbeit in einem Unternehmen selbst bildet. Zu den Unternehmen, die für diesen Ausbildungszweck vorgesehen sind, gehörten 1964 z. B. die „Air France“, die „Electricité de France“, die Automobilwerke Peugeot, die Zeitung „Le Monde“, die Lothringischen Steinkohlenbergwerke in Merlebach und in der Bundesrepublik die Commerzbank in Köln.

Ein Schulbetrieb kommt nicht ohne Zensuren aus, am wenigsten im französischen System, bei dem eine „entlastende“ Schülerpsychologie spätestens an der Benotung haltmacht. Die zahlreichen Noten während der praktischen und theoretischen Ausbildung kulminieren in der wertungsmäßigen Einstufung des Schülers beim Abgang von der Schule. Die Kombination des Notensystems mit der besonderen Form der mündlichen Prüfungen gewährleistet, daß der Absolvent in seiner Gesamtpersönlichkeit ausreichend zur Geltung kommt und nicht nur mit den Maßstäben rein schulischer Natur gemessen wird. Die abschließende Einstufung richtet sich nach der Gesamtzahl der Punkte, die der Schüler in folgenden drei Ausbildungsbereichen erhält:

1. prakt. Verwaltungsdienst, Bericht aus dem Tätigkeitsgebiet dieses Ausbildungsabschnittes (Verwaltung und Unternehmen);
2. prakt. Übungen während der theoretischen Schulausbildung;
3. schriftliche und mündliche Prüfungen (vom 4. Studienmonat an werden sechs schriftliche oder mündliche Prüfungen, zwei mündliche Prüfungen in einer der bereits genannten lebenden Sprachen abgeleistet (die 2. Sprachenprüfung kann auf Antrag durch eine Mathematik- oder Lateinarbeit ersetzt werden, sofern der Absolvent nicht in den Auswärtigen Dienst einzutreten beabsichtigt oder Handelsattaché werden will). Die schriftlichen Arbeiten bestehen häufig auch in der Ausarbeitung eines Verwaltungsvorgangs auf der Grundlage von Akten (prakt. Fall); in dem mündlichen Teil unterhält sich der Prüfungsrat ohne festes Programm mit dem Kandidaten.

Die Höchstpunktzahl, die in jedem der drei Teile erreicht werden kann, beträgt 20. „Durchgefallene“ Schüler können die Ausbildung wiederholen. Die erfolgreichen Absolventen haben – im Rahmen der vom Ministerium für Beamtenfragen festgesetzten Zahlen – die Möglichkeit, entsprechend ihrem Platz in der Einstufungsskala sich die Verwaltung auszuwählen, bei der sie eintreten wollen.

Die beamten- und besoldungsrechtliche Lage der Schüler während ihres Aufenthaltes an der E.N.A. ist günstig geregelt. Der Schüler, der beim Eintritt in die Schule noch nicht planmäßig angestellt ist, wird Beamter im Vorbereitungsdienst und als solcher auch besoldet (nach dem Stand vom 1. Okt. 1964 erhielt er monatlich 1137 F, dazu 16 F Fahrtkostenersatz und für die Ausbildungszeit außerhalb der Schule Entschädigungen als Verheirateter von tgl. 16,80 F während der ersten drei Monate, 11,20 für den 4. bis 6. Monat und 5,60 vom 7. Monat an; Unverheiratete erhalten nur für die ersten beiden Zeitperioden eine Entschädigung (damals 11,20 F bzw. 5,60 F)). Die als planmäßige Be-

amte eingetretenen Schüler gelten als abgeordnet und behalten ihre bei der „Stammverwaltung“ erworbenen Rechte.

Nach dem Abgang von der Schule werden die Schüler in Planstellen eingewiesen, dabei wird ihnen die Schulzeit und die Militärdienstzeit besoldungsmäßig angerechnet. Im höheren Ministerialdienst reicht die Besoldung von der Brutto-Indexzahl 370 (Monatsgehalt eines Unverheirateten am 1. Okt. 1964: 1184 F (Nettobetrag)) bis zur Brutto-Indexzahl 1000 (Monatsgehalt eines Unverheirateten am 1. Okt. 1964: 3243 F (Nettobetrag)). Der in den höheren Ministerialdienst eintretende Absolvent der E.N.A. erhält sofort ein Gehalt nach der Indexzahl 485 = 1563 F. Für Ministerialdirigenten, Mitglieder des Staatsrates, des Rechnungshofes, der Generalfinanzinspektion, der Generalverwaltungsinspektion im Innenministerium gilt eine nicht mehr durch Indexzahlen, sondern durch Buchstaben gekennzeichnete Besoldungsordnung (Mindestgehalt 3570 F, Höchstgehalt 5612 F – Stand 1. Okt. 1964). Diejenigen Schüler, die vor Eintritt in die Schule bereits Beamte waren, scheiden bei ihrer „Stammverwaltung“ aus, ohne für die Festsetzung ihres Ruhegehalts die Ansprüche aus der dort verbrachten Dienstzeit zu verlieren. Während der Schulzeit eintretende Gehaltsverbesserungen bei der alten Verwaltung werden für die Schüler in Form einer Zulage ausgeglichen. Bei der Übernahme in den aktiven Dienst sollen sich die Schüler verpflichten, mindestens 10 Jahre im öffentlichen Dienst zu verbringen, andernfalls verlieren sie ihre Ansprüche aus dem erfolgreichen Besuch der E.N.A.; darüber hinaus müssen sie ihre gesamten während der Schulzeit erhaltenen Bezüge und Entschädigungen zurückzahlen.

Es entspricht alter kulturpolitischer Praxis in Frankreich, daß es auch Ausländer zu seinen Fachhochschulen und auch zur E.N.A. zuläßt⁵⁴), ohne ihnen die Eigenschaft als Schüler im rechtlichen Sinne z. B. mit beamtenrechtlichen Ansprüchen zu verleihen. Seit Einrichtung der Schule sind zahlreiche Ausländer, „die sich über die Ausbildung der höheren Beamten in Frankreich, über die französische Verwaltung und ihre Probleme“ unterrichten wollten⁵⁵), als Hospitanten in der Rue des Saints-Pères aufgenommen worden. Sie werden in drei Gruppen eingeteilt: Ausländer, deren gesamte Ausbildung wie die der französischen Schüler verläuft; Ausländer, die nur eine verkürzte Schulzeit an der E.N.A. verbringen, und solche, die nur zum Studium einer Spezialfrage im Verwaltungsdienst (ohne Teilnahme am Unterricht) nach Frankreich kommen, für die die Schule eine Art Vermittlerdienst leistet. Für die Ausländer werden auch Sonderlehrgänge mit besonderen Studienprogrammen veranstaltet (1968 ist ein solcher für deutsche Beamte vorgesehen).

Die Bedeutung und der Rang einer Ausbildungsstätte wie der E.N.A. ist nicht ausschließlich aus dem Niveau der Lehrpläne zu ersehen. Der in der Konzeption dieser Einrichtungen sich offenbarende elitäre Zug findet seinen Niederschlag nicht nur in der relativ geringen Zahl der aufgenommenen Bewerber; auch die Vorstufen zu diesem Gipfel des ersten Anlaufs sind aufschlußreich. Die statistische Übersicht über

⁵⁴) Das Jahrbuch 1966/1967 der „Association des anciens élèves de l'Ecole Nationale d'Administration“ führt 5 Ausländer, die als vollwertige ehem. Schüler gelten, und 11 korrespondierende Mitglieder auf. Auch die E.N.S.P.T.T. hatte vor dem 1. Weltkrieg bereits deutsche Hörer aufgenommen.

⁵⁵) Vgl. die Veröffentlichung der E.N.A. „Admission des ressortissants étrangers“.

die Ausleseprüfungen für die Zeit von Dezember 1945 bis September 1963 weist 1707 zur Verfügung stehende Plätze aus, um die sich insgesamt 18518 Interessenten bewarben. Von den Bewerbern bestanden 3157 die Zulassungsprüfung, und nur für 1630 öffneten sich endgültig die Tore zur Schule. — Einen Begriff vom zahlenmäßigen Umfang der Bewerber aus dem „second concours“ (Beamtenbewerber), die den Besuch eines Vorbereitungslehrgangs („Cycle préparatoire“) beabsichtigten, vermitteln folgende Zahlen für das Jahr 1964: zur Eignungsprüfung für den Vorbereitungslehrgang („Epreuve d'accès“) meldeten sich insgesamt 183 Personen. Der Lehrgang hatte 93 Plätze, von denen endgültig nur 59 besetzt wurden.

Innerhalb der Bewerbungen um die Zulassung sah es 1966 wie folgt aus: 1. Gruppe (Studenten): 697 Bewerbungen bei den vier Zulassungsprüfungsstellen (davon allein in Paris 658); zugelassen wurden 110 Kandidaten — 2. Gruppe (Beamte): 169 Bewerbungen (davon allein in Paris 152); zugelassen wurden 57. Endgültig in die Schule aufgenommen wurden 67 bzw. 29 aus den beiden Gruppen, davon 87 Männer und 9 Frauen (45 davon hatten sich bereits ein- bzw. zweimal zur Zulassungs- und Aufnahmeprüfung gestellt). Unter den aufgenommenen Schülern der 2. (Beamten-) Gruppe befanden sich 14 Kandidaten mit abgeschlossenem Rechtsstudium und 1 Diplominhaber der Hochschule für Politik in Paris (das Verhältnis in der 1. (Studenten-) Gruppe betrug 2 zu 33). Zur altersmäßigen Schichtung der 1967 aufgenommenen Bewerber: 4 waren zwischen 20 und 21 Jahre alt, aus der Altersgruppe 22 bis 26 kamen 56; der älteste Bewerber war zwischen 36 und 37 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der 1. Gruppe betrug rund 23 Jahre, in der 2. Gruppe $29\frac{2}{3}$ Jahre.

Die familiären und sozialen Verhältnisse der Schüler sind, von der politischen Grundlage der Schule her gesehen, von besonderer Bedeutung. Für 1966 ergibt sich hier nachstehendes Bild: in den beiden Schülergruppen waren 75 Unverheiratete, 4 Verheiratete hatten keine Kinder, 7 Verheiratete hatten je 1 Kind, 6 Verheiratete gab es mit je 2 Kindern, 3 mit je 3 Kindern, und 1 Verheirateter hatte 6 Kinder. Die Verheirateten mit je 2 und mehr Kindern gehörten zur 2. Gruppe. Die soziale Herkunft spiegelt nach wie vor den traditionellen Weg zum höheren Beamtenberuf deutlich wieder: 28 der angenommenen Bewerber kamen aus Beamtenfamilien, darunter waren 19 mit Vätern aus dem höheren Dienst (die Kinder der darunter befindlichen 3 Ministerialdirektoren oder gleichrangigen Beamten gehörten zur Studentengruppe; nur zwei Angehörige der Beamtengruppe hatten Väter aus dem höheren Dienst, die aus Rängen unterhalb des Ministerialdirektors kamen). Auffallend ist, daß nur 1 Schüler aus einer mittleren Beamtenfamilie stammte; er kam über den 2. (Beamten-) Weg. Handwerker und Gewerbetreibende stellten 16 Schüler (10 in der 1. Gruppe und 6 in der 2. Gruppe); erwähnenswert ist, daß diese Kategorie im Vergleich zu den bei der Zulassungsprüfung erfolgreichen Bewerbern zahlenmäßig die meisten aufgenommenen Schüler unter allen sozialen Gruppen stellte. Angestellte aus Handel und Industrie sind mit 22 Schülern vertreten — 17 davon hatten Väter in leitender Stellung (15 kamen aus der 1. und 2 aus der 2. Gruppe). Die in der Übersicht enthaltenen zwei „Werkmeisterväter“ hatten Diplominhaber (1. Gruppe) als Schüler gestellt. Die freien Berufe waren mit 15 Schülern beteiligt (12 aus der Studenten- und 3 aus der Be-

MAIN-ASPHALT

GMBH

Straßen- und Gußasphaltbau

Lieferung von bituminösem Mischgut

Bauwerks- und Flachdachabdichtungen

6 Frankfurt/Main

Elektronstraße 62 - Telefon (0611) 381756

645 Hanau/Main

Saarstraße 18 - Telefon (06181) 24441

amengruppe). Je zwei Arbeiter- und Bauernkinder (je 1 aus beiden Gruppen) beschlossen mit 4 Schülern aus dem Kreis der Rentner, Privaters und Berufslosen (1 aus Gruppe 1 und 3 aus Gruppe 2) die Statistik.

Regional gesehen hatte Paris mit 77 von 96 angenommenen Schülern das erdrückende Übergewicht. Insofern hat sich auch hier die Situation nicht geändert, wie sie für alle Bereiche des französischen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens seit Jahrhunderten besteht. Der Region Paris folgten mit großem Abstand die „Région du Centre“ mit 5, die „Région du Nord“ und die „Région du Sud-Est“ mit je 4 Vertretern.

Von den 29 Schülern aus der 2. Gruppe kamen 1966 je 7 aus dem Steuerdienst (sämtlich aus der höheren Laufbahn) und aus der Unterrichtsverwaltung (1 aus dem höheren, 6 aus dem gehobenen Dienst). Der Auswärtige Dienst und die Post- und Fernmeldeverwaltung stellten je 3, die Wehrmacht (Truppenlaufbahn) 2, Staatsrat, Rechnungshof, die zentrale Finanzverwaltung, das Industrieministerium, die Sozial- und Wirtschaftsverwaltung je 1 Schüler. Von diesen „beamteten“ Schülern insgesamt gehörten nur 9 dem gehobenen Dienst an (6 aus Unterrichtsverwaltung, je 1 aus der Sozialverwaltung, dem Staatsrat und dem Auswärtigen Dienst), die übrigen waren höhere Beamte.

VII. Kritische Stimmen zur E.N.A.

Die E.N.A. ist noch nicht zu einer Institution geworden, die jenseits aller Kritik bereits ihre endgültige Stellung im politischen und Verwaltungsleben Frankreichs

bezogen hat. Wie urteilt man in Frankreich über die bei der Gründung der Schule so stark betonten sozialen Aspekte der mit der E.N.A. schwerpunktmäßig beabsichtigten Ausbildungsreform, die, wie Debré in seiner Vorrede zu der Schrift „Die Ecole Nationale d'Administration“ (1947)⁵⁶⁾ forderte, jungen Leuten aus den verschiedensten sozialen Schichten den Weg zum Beamtenberuf freimachen sollte? Die spektakuläre Hervorhebung mehrerer ehemaliger Volksschullehrer, die erfolgreiche Absolventen der E.N.A. wurden und in der Folge auch entsprechende berufliche Positionen errangen (u. a. im Staatsrat) und des Gendarmerieunteroffiziers, der mit Volksschulbildung über die E.N.A. Handelsattaché an der Botschaft in Madrid wurde⁵⁷⁾, haben gewiß bemerkenswerte Einzelerfolge zum Gegenstand. Demgegenüber steht aber eine andere Feststellung⁵⁸⁾: selbst der „second concours“, für den kein Diplom erforderlich ist und der nur Beamten offen steht, ist nicht demokratischer als der ausschließlich Studenten vorbehaltene Weg. Von 1952–1961 gab es unter den Studentenbewerbern nur 0,9 % und unter der Beamtengruppe nur 4,8 % Arbeitersöhne, was relativ gesehen zwar einen beachtlichen, absolut betrachtet dagegen nur einen geringen Unterschied (zu früher) bedeutet. Die E.N.A. hat also hier gewiß keinen völligen Wandel herbeigeführt, immerhin begünstigt sie aber, wenn auch nicht gerade den Stipendiaten gegenüber dem von einem Vermögen Lebenden, so doch zumindest die Mittelschicht gegenüber dem Großbürgertum. Soweit Jean-François Kesler, ehemaliger Schüler der E.N.A. und später Mitarbeiter am Staatlichen Forschungsinstitut. In deutlicher Abhebung von dem Korps der „Inspecteurs des Finances“ und der diplomatischen Laufbahn wird der demokratischere Charakter des heute sich ausschließlich aus Absolventen der E.N.A. rekrutierenden Präfektenkorps herausgestellt, dessen Vertreter als Vermittler zwischen Volk und Regierung um so erfolgreicher wirken können, je selbstverständlicher ihre Herkunft aus der Mittelschicht ist. Ein annähernder Gesamtüberblick über die soziale Schichtung innerhalb der Schülerschaft der E.N.A. für die Zeit seit 1945 ergibt nach demselben Autor: etwa 30 % der Schüler kamen aus einfachen Kreisen (Industriearbeiter, Landarbeiter, Angestellte, Beamte des einfachen Dienstes, Kleinbauern, Handwerker, kleine Kaufleute) und ungefähr 70 % entstammten sogenannten „bürgerlichen“ Kreisen (Leiter von Unternehmen, Führungskräfte der Wirtschaft, freie Berufe, hohe und höhere Beamte, Kaufleute). Bei einer Betrachtung der sozialen Seite der Bildungsplanung und Bildungsforschung bei uns ist bemerkenswert, daß Statistiken jüngsten Datums zeigen, „daß die Anteile der Kinder von Arbeitern und Landwirten in der Regel mit jeder höheren Stufe des Bildungswesens abnehmen, die Anteile etwa von Kindern von Akademikern und Beamten dagegen wachsen“⁵⁹⁾.

Die E.N.A. öffnet nach dem Abschlußergebnis den Zugang zu entsprechend bewerteten Stellungen. Die Frage nach dem demokratischen Grundzug des gesamten Systems dehnt Kesler daher auch auf die Nachwuchsregelung für die „Grands corps“ aus. Hierzu bemerkt er (wörtlich): „Mit der Gründung der

E.N.A. wurde einigen Arbeitersöhnen der Zugang zum Conseil d'Etat, einigen Söhnen von kleinen Beamten der Eintritt in die „Inspection des Finances“ und die „Cour des Comptes“ und mittleren Beamten der Aufstieg in die höhere Laufbahn ermöglicht. Insgesamt ist es der E.N.A. aber nur zum geringen Teil gelungen, die Nachwuchsfrage für die Spitzenstellungen in der Verwaltung auf demokratische Weise zu lösen. Die erreichte Demokratisierung ist zudem noch wesentlich nur den mittleren Schichten zugute gekommen. Es handelt sich dabei um eine Entwicklung, die unmittelbar vor dem Krieg eingesetzt hat und die durch die E.N.A. immerhin doch deutlich beschleunigt worden zu sein scheint“, selbst wenn, wie Kesler an anderer Stelle feststellt, heute noch nach wie vor „ein tiefer Graben die höheren Beamten in den obersten Staatsbehörden von den Mitgliedern der „Grands corps“ trennt“. Langrod spricht sogar expressis verbis von einer „Diskriminierung“ der „Administrateurs civils“ im Vergleich zu den (ebenfalls durch die E.N.A. rekrutierten) Mitgliedern der „Grands corps“⁶⁰⁾. Den Kern des Problems und der psychologischen Schwierigkeiten bildete bis zur Reform von 1964 (Novelle zum Beamtengesetz mit Durchführungsverordnungen vom 26. November 1964) die Frage der interministeriellen „Mobilität“, der vielseitigen Verwendungsfähigkeit und Einsatzmöglichkeit der „Administrateurs civils“, die auch noch nicht mit der Gründung der E.N.A. erreicht war, weil sie den „Separatismus“ der ministeriellen „Souveränität“ nicht hatte brechen können, dem es gelungen war, trotz der Reform des öffentlichen Dienstes (mit dem wichtigsten Bestandteil der Einheitsausbildung für den Einheitstyp des „Administrateur civil“), bis 1964 noch 22 verschiedene Korps, davon mehrere innerhalb ein und desselben Ministeriums, beizubehalten. Die letzten Reformen machten die Gruppen nunmehr durchlässig, auch sogar die „Grands corps“, indem sie die „Mobilitätspflicht“ einführten (eine Mindestdienstzeit in einer fremden Verwaltung, die in ihrer Auswirkung für den „Administrateur civil“ die Schranken vor den „Grands corps“ niederlegten).

Inwieweit hier bereits eine weitere Verlagerung der Interessen- und Wirkungsgebiete für den aus den alten Rekrutierungsbereichen kommenden Nachwuchs in die umfangreicher, ansprechender und aufnahmefähiger gewordenen Sektoren der Wirtschaft und der Wirtschaftsverwaltung vorliegt, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden. Aber trotz des geringen Erfolgs der Reform von 1945 (von 1945 bis 1963 traten von den Absolventen der E.N.A., deren Väter dem gehobenen, mittleren und einfachen Dienst angehörten oder Arbeiter waren, 3 (von insgesamt 57) in den „Conseil d'Etat“, 5 (von 81) in die „Inspection des Finances“, 6 (von 61) in die „Cour des Comptes“ und keiner (bei 54) in den Auswärtigen Dienst), bleibt auch bei reservierter Betrachtungsweise, die jedoch nicht den Fehler begehen darf, ihre Erwartungen gegenüber der schnellen Wandlungsfähigkeit gesellschaftlicher Strukturen zu hoch zu schrauben, festzuhalten, daß die Begründung für die Einrichtung der E.N.A., die der Minister Jeanneney 1945 bei den Beratungen der „Vorläufigen Beratenden Versammlung“ gab, nicht ohne spätere Rechtfertigung geblieben ist: es sollte die Rivalität der „Corps“ und der Verwaltungen untereinander ausgeschaltet werden, indem die Nachwuchsregelung für den höheren Dienst vereinheitlicht

⁵⁶⁾ Vgl. Anhang II.

⁵⁷⁾ Vgl. Langrod I, S. 202.

⁵⁸⁾ Vgl. Kesler, a. a. O., S. 361 ff.

⁵⁹⁾ Vgl. H. E. Hieronymus, Die Bedeutung von Bildungsplanung und Bildungsforschung in Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 115/1967, S. 982, ferner Francis, a. a. O., S. 72 f.

⁶⁰⁾ Vgl. Langrod II, S. 11.

würde, dem Großbürgertum sollte das Monopol der Nachwuchsgestellung für die „Grands corps“ genommen werden, indem „hervorragenden, mit wenig irdischen Gütern gesegneten jungen Leuten, wie sie überall im Lande anzutreffen sind, die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um sich um die höchsten Stellen bewerben zu können“⁶¹⁾. Carlo Schmid formulierte das bei dem bereits erwähnten Anlaß so: die für unser Staatswesen notwendige Elite „hat mit Geld und Stand nichts zu tun“. Die starke Verflechtung der Ausbildungsfragen mit sozialen Tatbeständen geht nicht zuletzt auch aus der Tatsache hervor, daß die Beamten-gewerkschaften sich seinerzeit gegen die Einrichtung der E.N.A. wandten, weil sie befürchteten, daß damit die Aufstiegsmöglichkeiten, wie sie bisher in einer verwaltungsinternen Unabhängigkeit praktiziert wurden, künftig wegfielen.

„Die E.N.A. besteht nun mehr als 20 Jahre, ihr Fortbestand ist ernsthaft nie in Frage gestellt. Dennoch bleibt sie in das lebendige Geschehen gestellt, weil sie einem Lebensbereich angehört, der heute mehr als je ständigen Veränderungen unterworfen ist. Im Geiste ihrer Schöpfer sollte sie eine besondere Fachschule sein, die Allgemeinbildung sollten die Hochschulen vorher vermittelt haben – im einzelnen an den Instituten für politische Studien – und in der Aufnahmeprüfung sollte sie unter Beweis gestellt werden. In Wirklichkeit aber hat die Ausbildung an der E.N.A. zu keiner Zeit diese Sonderaufgabe wahrnehmen können. Das liegt daran, daß sie auf verschiedene Laufbahnen vorbereiten soll: allgemeine Verwaltung, Rechtsprechung, Diplomatie, Kontrolle, auf Laufbahnen, zu denen der Weg nur über die Einstufung (Bewertung) nach Abschluß des Studiums führt“⁶²⁾. Mit dieser fundamentalen Kritik, die sich auf die eigentliche Struktur der Schule bezieht, während die soziologisch-politischen Vorbehalte als nicht spezifisch institutionsbezogen zu betrachten sind, ist m. E. zwar ein Mangel aufgezeigt; er stellt aber das Mindestopfer dar, das man der Idee einer modernen Ausbildungsmethode zu bringen gezwungen ist, will man diese für Staat und Gesellschaft gleich wichtige Frage nicht in der Isolierung fachlicher „Abrichtung“ (Dressur) der Auszubildenden verkümmern lassen. Das Gegenteil einer solchen in elfenbeinernem Turm sich vollziehenden Einzelfachausbildung ist die Mischung von hochentwickelter Anpassungsfähigkeit an neue Möglichkeiten und Forderungen und fortschreitenden im Sinne eines „Régime égalitaire“ demokratisierenden Tendenzen, die jedoch den intellektuell-elitären Charakter der Führungsschichten und Institutionen nicht beeinträchtigen und einer in Tradition und Achtung fest verankerten Position des Beamten durchaus gerecht werden.

Das neue Verhältnis der Menschen zu den Institutionen, die seinen Platz in der sozialen Ordnung bestimmen, besteht in der völligen Anpassung an sie. Man ist versucht, die E.N.A. – nach der Deduktion Hans Freyers in seiner „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“⁶³⁾ – zu jenen dominanten Einrichtungen zu rechnen, die, ihrem Sinn nach klare Spielregeln für das Zusammenleben in der Gesellschaft, „mit dem Schimmer einer erborgten Legitimität umkleidet werden“. Ob man so weit gehen soll, bei der E.N.A. diese Aufmachung so deutlich als „Fassade und Festredenpathos“ zu verdächtigen, „daß sie mehr den Aufputz

⁶¹⁾ Nach Kesler a. a. O., S. 370 f.

⁶²⁾ Ebenda, S. 409.

⁶³⁾ Stuttgart (1955), S. 98.

Vereinigte Bauunternehmen OHG

6333 Braunfels/Lahn



TIEFBAU

Kabelverlegung

Erdbohrungen

BRAUNFELS

Telefon 06442/4548

Zweigstelle Hundstadt · Telefon 06086/374

diskreditiert als die Blöße deckt“, muß jedoch füglich bezweifelt werden, wenn man die regenerierende Wirkung der Schule auf den gesamten Organismus des öffentlichen Dienstes in seiner nachhaltigen Bedeutung für das Frankreich nach 1945 anerkennt.

Der geringe Abstand zwischen der Brillanz einer durch strenge Ausbildungsvorschriften gebändigten Intelligenz, die nicht so demonstriert wird, daß sich ein Partner disqualifiziert fühlen könnte, und dem weniger tragischen als unvermeidlichen Sich-Verlieren in dem unentwirrbaren Geschlinge der brutalen Macht verbal domestizierter „Grand commis“ – diese Feststellung bedeutet ebensowenig einen Beweis gegen die „Rentabilität“ der E.N.A. wie der Hinweis auf die unter dem dünnen Eis zielbewußter Geschäftigkeit nach wie vor dahingluckernden Tümpel der Alltäglichkeit, Behaglichkeit und Routine, die Frankreichs Verwaltung zu einer poetischen Synthese von Beharren und darin liegender Kraftreserve für eine rotierende Geistigkeit hat werden lassen, die nie in Verlegenheit gerät, wenn es darum geht, Glanz und Elend des öffentlichen Dienstes als Stolz und ständigen Ansporn zu preisen, wie das bereits Balzac getan hat, noch bevor er wußte, daß er mit seinem „Landarzt“, seinem „Landpfarrer“ in die Literatur Eingang fände.

VIII. Die E.N.A. und deutsche Reformpläne

Die immer ernster werdenden Überlegungen bei uns⁶⁴⁾, ob und wie eine Reform der Ausbildung des Nachwuchses für den höheren Dienst aller Verwaltungen in Angriff genommen werden soll, dürfen nicht vor Vorstellungen haltmachen, die den Erfolg der Schöpfung des „preußischen Landrats“ mit der Pflicht zu konservativer Zurückhaltung gleichsetzen. Das gilt auch für die Fortbildung, die jedoch nicht nur den Abbau des Nachholbedarfs, soweit es die deutschen Beamten in den internationalen Institutionen anbelangt, im Auge haben darf⁶⁵⁾. Quaritsch⁶⁶⁾ zeigt das

⁶⁴⁾ Vgl. hierzu u. a. Walter Glasbrenner, Die Fortbildung der Beamten in Deutsche Post Nr. 5/1968, S. 121, und Der Beamtenbund Nr. 3/1968 mit mehreren Artikeln zu diesem Thema (s. auch Anm. 4), ferner Wilhelm Hartenstein, E.N.A. – Ja oder Nein in Der Beamtenbund Nr. 4/1968, Heinz Touppen, Fortbildung im öffentlichen Dienst wird endlich verstärkt in Der Deutsche Beamte Nr. 2/1968 und Ernst Henkel, Liegt es am Arbeitsstil der Behörden? ebda., Nr. 4/1968. Die Bedeutung dieser Frage geht auch daraus hervor, daß sie zum Gegenstand von Anträgen für den Vertretertag 1968 der Vereinigung der höheren Postbeamten gemacht wurde.

⁶⁵⁾ Vgl. A. Vulpius, Erläuterungen zum Bildungsplanungsbericht in Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 113/1967, S. 971.

⁶⁶⁾ a. a. O., S. 252.

Fazit seiner Darstellung völlig klar auf: die E.N.A. verwirklicht das, was für den Generalstab schon seit langem Maxime ist: der Generalstäbler tut nicht nur Dienst in der Truppe und im Gelände, er wird auch auf der Kriegsakademie ausgebildet. Die Reform der „Fonction Publique“, in der – wie bereits mehrfach betont – die E.N.A. einen beherrschenden Platz einnimmt, verweist den deutschen Betrachter auf weitere Parallelen im Bereich des Militärischen. Die Nachteile eines zu geschlossen auftretenden „Corps“ hat der preußische Generalquartiermeister v. Grolmann 1814 für den Generalstab warnend dargelegt: „Bei der Einrichtung eines Generalstabes kommt es darauf an, in der Armee eine große Anzahl Offiziere zu haben, die wissenschaftliche Bildung, einen entschlossenen Geist und Charakter mit der genauen Kenntnis des Heeres in allen seinen Waffenteilen verbinden; es ist daher durchaus zweckwidrig, in Friedenszeiten den Generalstab als geschlossenes Corps zu betrachten, in welchem die Individuen von Anfang an sich befinden und so allmählich im Corps herausavancieren. Jedes geschlossene wissenschaftliche Corps, wenn es auch in seiner ersten Zusammensetzung sehr gut ausgewählt wäre, würde bald einem traurigen Handwerksgeist sich ergeben oder durch inneren Widerstreit sich selbst zerreißen, es wird in einen Nimbus von Vielwisserei sich einhüllen, über unausführbare Pläne brüten und praktische Brauchbarkeit fast ganz verlernen“⁶⁷⁾.

Der unübersehbare Vorteil einer gemeinsamen im Gegensatz zur Hochschulausbildung gezielteren Ausbildung der künftigen Führungspersönlichkeiten nicht nur in allen Zweigen der Verwaltung, sondern auch in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, der sich in schon sehr früh entstehenden engen Bindungen untereinander niederschlägt, die wiederum gute nutzbringende Beziehungen innerhalb der Elite zur Folge haben⁶⁸⁾, diesen Vorteil hat, bei aller Würdigung der Grolmannschen Überlegungen, auch Scharnhorst mit der Gründung der Kriegsakademie im Auge gehabt, als er die Erwartung aussprach, daß „aus der Amalgamierung der verschiedenen Waffen nicht nur gegenseitiges Vertrauen und Achtung, sondern auch in Zukunft richtige Würdigung desjenigen, was eine jede Waffe leisten kann, und ein richtiger Gebrauch einer jeden, einzeln sowohl als mit der anderen vermischt, entstehen wird...“.

Die Auffassung der Bundesregierung läßt erkennen, daß die Absicht besteht, neue Wege zu erkunden, die weniger in einem eklektizistischen Experiment enden als vielmehr zu einer der andersartigen deutschen Grundsituation Rechnung tragenden neuen Lösung führen sollen, für die es bereits richtungweisende Beispiele gibt, die in der europäischen Solidarität ihre partielle Verwendbarkeit schon seit längerer Zeit unter Beweis gestellt haben.

⁶⁷⁾ Im Entwurf zur Errichtung eines Generalstabes (nach Johannes Ulrich (Hrsg.), Deutsches Soldatentum, Stuttgart (1941), S. 121 f.).

⁶⁸⁾ Vgl. Jean-Marie Auby, Le milieu juridique (Kap. 7 aus „L'Administration et son milieu“) in Traité de science administrative, S. 196.

Als wesentliche Quellen für die Ausführungen über die E.N.A. als solche dienten folgende Veröffentlichungen der Schule:

1. Concours et scolarité, Paris 1964
2. Epreuves et statistiques des concours de 1966, Paris 1967
3. Concours d'entrée et scolarité, Paris 1967

für deren freundliche Überlassung ich der E.N.A. zu Dank verpflichtet bin, ebenso wie ich der Bibliothek des französischen Postministeriums für die Überlassung von Literatur zu danken habe.

Anhang I

Auszug aus der Begründung zur Verordnung Nr. 45-2283 vom 9. Okt. 1945 betr. Ausbildung, Nachwuchsregelung, Rechtsverhältnisse einzelner Beamtenkategorien, Einrichtung einer Direktion für Beamtenfragen und einen ständigen Rat für die Verwaltung.

Nach allgemeinen Feststellungen über die Notwendigkeit einer umfassenden Reform fährt das „Exposé des motifs“ fort:

„Einen absoluten Vorrang beansprucht das Hauptproblem der Ausbildung und der Nachwuchsregelung, die den Kern unseres öffentlichen Dienstes berühren: den Staatsrat, das Personal in den Zentralverwaltungen, das diplomatische Corps und das Corps der Präfekten, das Inspektions- und das Kontrollcorps. . . .

Die Verwaltungen regeln heute, jede für sich, die Nachwuchs- und Laufbahnangelegenheiten ihres Personals selbst. Die an sich vergleichbaren Bedingungen für die einzelnen Stellen sind von Verwaltung zu Verwaltung verschieden. Die Prüfungsfolge festzusetzen bleibt jeder Behörde überlassen. Das Ergebnis ist eine Spezialisierung und übertriebene Absonderung.

Andererseits ist die Ausbildung der Beamtenanwärter lückenhaft: die unabhängige Hochschule für politische Wissenschaften vermittelt zur Zeit nur ein systematisches Ganzes an Vorlesungen und Übungen, mit denen auf hohe Stellungen im öffentlichen Dienst vorbereitet wird; ihr Besuch ist nur wohlhabenden Studenten möglich, die in Paris ansässig sind. Unsere Universitäten räumen den politischen und Sozialwissenschaften keinen genügenden Platz ein. Es gibt auch keine eigentliche Ausbildungszeit für den Beruf eines Beamten. Einige „Grands corps“ haben gerade eben Vorbereitungsmaßnahmen im Entwurf vorgesehen; die offenen Stellen sind jedoch gering an der Zahl, und die Art des hierfür erforderlichen Studiums hält zu oft junge Leute ohne Vermögen davon fern.

Schließlich differenziert, mit einigen wenigen Ausnahmen, unsere Verwaltungsorganisation ihre Aufgaben zu wenig. Seit einem halben Jh. führt die Rolle des Staates zu einer erdrückenden Überbelastung des Personals im höheren Dienst durch geringerwertige Arbeit. Weil es an Beamten fehlt, die täglich die Entscheidungen auszuführen und für den normalen Ablauf der Geschäfte zu sorgen haben, ist das Verwaltungsgeschehen schwerfällig und die entsprechende Arbeit in ihrem Ablauf langsamer geworden. Die jungen Anwärter des gehobenen Dienstes befassen sich während mehrerer Jahre mit Aufgaben subalternen Art, für die sie weder von ihren Fähigkeiten noch von der Allgemeinbildung her bestimmt sind. Ihre Berufsausbildung leidet darunter, und sie laufen dabei Gefahr, ihre Initiative zu verlieren. Die Verordnung führt zu einer völligen Umgestaltung der Nachwuchsregelung der hier behandelten Beamtengruppen. Sie regelt auch ihre Ausbildung und sieht dazu Universitätsinstitute für politische Studien in Paris und in der Provinz vor, ferner eine Staatliche Verwaltungsschule und ein Zentrum der höheren Verwaltungsstudien.

Die Institute sollen den Studenten, unbeschadet dessen, ob sie sich für den öffentlichen Dienst berufen fühlen oder nicht, eine politische oder verwaltungsmäßige Allgemeinbildung vermitteln. Sie können dieser Aufgabe in Unabhängigkeit und zweck-

ungebunden wie die Universitäten nachgehen. Um den demokratischen Charakter der Nachwuchsregelung zu gewährleisten, können Studenten, die bei einem Institut eingeschrieben sind und nicht über ausreichende Geldquellen zur Fortsetzung ihres Studiums verfügen, die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Staatliche Verwaltungsschule hat eine wesentlich andere Aufgabe: sie stellt den Nachwuchs für die Eingangsstufen des höheren Dienstes entsprechend dieser Verordnung. Sie ist eine Fortbildungsschule, die für ein bestimmtes Fach – sei es durch ein Hochschulstudium, sei es vor allem durch die Institute, oder auf Grund der bereits vorher wahrgenommenen beruflichen Tätigkeit – bereits vorgebildete Schüler erfaßt. Die beiden Gruppen von Schülern rekrutieren sich in unterschiedlichen, in sich doch ähnlichen Ausleseprüfungen. Die Zweigleisigkeit der Ausleseprüfungen soll keinesfalls innerhalb der Schule auch zwei Kategorien schaffen, sie soll nur sicherstellen, daß eine Anzahl von Plätzen für Bewerber frei bleibt, die aus der Verwaltung kommen und für Aufnahmeprüfungen weniger geschult sind als andere. Wenn einmal dieser erste Schritt zur Schule getan ist, gibt es keinen Unterschied mehr zwischen den Schülern. In der Schule wird die Technik des Verwaltungs- und des politischen Lebens gelehrt; die Schule wird auch bemüht sein, in den Schülern das Gefühl für die hohen Aufgaben wachzurufen, die der öffentliche Dienst verlangt, und die Mittel und Wege aufzuzeigen, sie zu erfüllen. Ausbildungsabschnitte in der Provinz, den überseeischen Gebieten, im Ausland und in Paris dienen der Ergänzung der theoretischen Unterrichtung durch praktische Erfahrung. . . .

Die Ausbildung und die Nachwuchsregelung für junge Beamte zu verbessern, bliebe wirkungslos, wenn die neue Generation von Staatsdienern in dem derzeitigen Laufbahngelände verbleiben müßte. Daher gestaltet die Verordnung auch dieses neu.

Sie schafft ein Korps von Verwaltungssekretären und ein Korps von Ministerialbeamten höheren Ranges. Die Verwaltungssekretäre, Techniker in der Verwaltungsarbeit, werden auf einem besonderen Wege herangebildet und sind für die laufende Arbeit vorgesehen. Die Ministerialbeamten höheren Ranges haben dafür zu sorgen, daß die Verwaltungsarbeit mit der allgemeinen Regierungspolitik im Einklang steht, Gesetzesentwürfe oder Verordnungen und die ministeriellen Entscheidungen vorzubereiten, die erforderlichen Anweisungen für ihre Ausführung zu geben und die Arbeit des öffentlichen Dienstes zu koordinieren und zu verbessern.

Die nach dieser Verordnung zu treffenden oder durch sie angesprochenen Maßnahmen sind, wie bereits erwähnt, nur eine Etappe auf dem langen Weg zu einer umfassenden Verwaltungsreform. Sie schaffen die Voraussetzungen dazu. Sie bilden die Grundlage einer Erneuerung der Verwaltungsmethoden in Frankreich und einer gesunden Auffassung vom Staatsdienst. . . .“

Anhang II

Auszug aus „Allgemeine Grundsätze für die Ecole Nationale d'Administration“ von Michel Debré¹⁾.

„Seit über einem Jh. spricht man von einer E.N.A., deren Aufgabe darin besteht, die Beamten, genauer

¹⁾ In einer Schrift „l'Ecole Nationale d'Administration“, Paris 1947, S. 13 ff.

Es gibt kaum ein Papier, welches vielseitiger ist als ein BHW-Bausparvertrag!

 EINFAMILIENHAUS	 ZWEIFAMILIENHAUS	 EIGENTUMS WOHNUNG
 FERTIGHAUS	 BAUGRUNDSTÜCK	 MODERNISIERUNG
 UMSCHULDUNG	 UNABHÄNGIGKEIT	 SICHERHEIT



Das Beamtenheimstättenwerk hat die Aufgabe, den Angehörigen des öffentlichen Dienstes das zur Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse fehlende Eigengeld auf Grund eines Bausparvertrages zur Verfügung zu stellen. Deshalb haben wir überall Beratungs- und Auskunftsstellen. Sie erhalten dort unentgeltlich objektive und sachkundige Auskunft. Nutzen Sie die Möglichkeit! Das liegt in Ihrem Interesse!

Leichter mit dem Beamtenheimstättenwerk



Bausparkasse für
Angehörige des
öffentlichen Dienstes
325 Hameln (Weser)
Kastanienwall

Fordern Sie noch heute unsere Schrift „Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes“ an, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden.

gesagt, diejenigen unter ihnen auszubilden, die berufen sind, später einmal in den bedeutenden staatlichen Verwaltungen Dienst zu tun.

Als man mit der Planung begann, gab es zwei Überlegungen. Einmal sollten dem Nachwuchs, der sich für den öffentlichen Dienst als Beruf entschließt, allgemeines Wissen und Fachkenntnisse vermittelt werden, wie sie sein künftiger Beruf verlangt. Der andere Gedanke zielte auf ein System der Nachwuchsgewinnung hin, das den Staatsdienst für alle diejenigen öffnet, die, ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung, ihr Vermögen, ohne Kooptation und Protektion, dazu geeignet sind.

Nach einem Fehlschlag, nach mehreren nicht zu Ende geführten Versuchen wurde im Oktober 1945 unter der Regierung de Gaulle die E.N.A. errichtet²⁾. Zu ihrem besseren Verständnis muß man sie in einem größeren Zusammenhang sehen. Sie ist in Verbindung mit zwei Reformen zu betrachten: der des Studiums der Sozialwissenschaften und der unserer gesamten Verwaltungsorganisation.

Studienreform? Die französische Universität hat dem Studium der Wirtschaftswissenschaften und der politischen Wissenschaften nicht den Platz eingeräumt, der ihnen zukommt. Lange Zeit hindurch hat man in Frankreich übersehen, daß das Studium der Geschichte, der sozialen Fragen und der Verwaltungsprobleme im Zusammenhang zu betrachten ist und ein geschlossenes Ganzes bildet. Soll nun die E.N.A. allein diesen Lehrauftrag übernehmen? Um jedem Zweifel vorzubeugen: das wäre ein Irrtum, denn außer den Beamten gibt es noch viele andere, für die dieses Studium von Nutzen ist. Für die Beamten aber ist es unerlässlich. Man fand dann eine Lösung: mit der Gründung der E.N.A. wurden Institute für politische Studien errichtet oder vorgesehen. Diese Institute, deren wichtigstes in Paris aus der Umwandlung der Freien Hochschule für politische Wissenschaften entstanden ist, sollen trotz ihrer sehr viel größeren Hörerzahl in derselben Art arbeiten wie die E.N.A. Sie stellen die universitätsmäßige Einleitung zur E.N.A. dar.

²⁾ Vgl. Anhang II (Auszug aus der VO Nr. 45 - 2283).

Verwaltungsreform? Die fehlende Gleichheit bei der Nachwuchsregelung, die in den Bedingungen, den Verfahren und der Bewertung zum Ausdruck kam, war lange kennzeichnend für unsere Verwaltungen. Der Staat lebte unter dem System der Ausleseprüfungen, die nach den Laufbahnen verschieden waren. Manche der Ausleseprüfungen waren hervorragend, andere wieder nur mittelmäßig. Allgemein kann man sagen, die vom Beamten verlangte Bildung war unzureichend oder seiner Verwendung nicht entsprechend, für die er künftig vorgesehen war. Im übrigen fehlte es an einer einheitlichen Regelung für den Eintritt in den Staatsdienst, was zu Auseinandersetzungen führte, zu übertriebener Spezialisierung, zu Absonderungen zwischen den einzelnen Gruppen mit an sich ähnlichen Aufgaben. Und eben diese Mängel schädeten auch dem Staate selbst. Schließlich hatte auch das Fehlen einer einheitlichen Regelung eine soziale Folge: in die wichtigsten Verwaltungen wurden nur solche junge Leute aufgenommen, die sich, traditionsgemäß oder weil ihre Eltern vermögend waren, bewerben wollten und in der Lage waren, das oft sehr lange Studium auch zu absolvieren. Mit der Einrichtung einer E.N.A. sollte (ohne an die normale Verschiedenartigkeit der großen Behörden zu rühren) gleichzeitig die Ausbildung der künftigen Beamten weiterentwickelt werden und der Gesamtheit des Nachwuchses, der einmal zur Wahrnehmung wichtiger Aufgaben berufen sein würde oder höhere Stellungen einnehmen sollte, wenn auch nicht eine sehr problematische einheitliche Auffassung, so doch wenigstens die notwendige einheitliche geistige Haltung vermittelt werden. Schließlich sollten mit einem geregelten und allgemein verbindlichen Verfahren bei der Vorbereitung auf und bei der Aufnahme in den Staatsdienst Angehörige aus allen Schichten des Volkes zum Staatsdienst herangezogen werden."

Debré schließt seine „Principes généraux de l'Ecole Nationale d'Administration“ zwei Jahre nach der Gründung der Schule mit der Feststellung, daß sie bereits eine Tradition habe. „Ihre Zukunft ist eng mit der des Staates und der Republik selbst verbunden, so daß sie einmal das sein wird, was morgen der Staat und die Republik sein werden.“

Wandel in Politik und Staatsführung durch Elektronik und Optimierung

Vortrag von Professor Dr. Ferdinand Martin

Verwaltungsratspräsident der Orag-Gruppe, Baden-Zürich,
gehalten vor Vertretern aus Politik, Staatsführung und Wirtschaft

Fortsetzung

13. Bildung

Alles am Bildungswesen ist langfristige Planung. Was die Väter säen, ernten die Kinder in 20 bis 30 Jahren. 60% der jungen Menschen, die heute ihre Ausbildungsstätte verlassen, müssen in den nächsten 20 Jahren ihren Beruf wechseln. Ihre Ausbildung entwertet sich, eine Ersatzausbildung muß folgen.

In der Bundesrepublik verschlingt die Ausbildung pro Jahr elf Milliarden.

Wie entwickeln sich Angebot und Nachfrage der zur Zeit zwanzigtausend Berufe über die Zeitachse der nächsten Jahrzehnte?

Wie läßt sich der Bedarf mit einem Minimum an Fehlsteuerung und Ausbildungsentwertung decken?

Eine mit manuellen Mitteln unlösbare Optimierungsaufgabe.

65% der industriellen Arbeitsplätze für Chemiker zum Beispiel werden 1975 leer stehen. Ein Alptraum für

diesen bedeutenden und exportträchtigen Wirtschaftszweig. Heute werden viele Tausende Elektronenprogrammierer in der Wirtschaft dringend gebraucht und ausgebildet. Ein Beruf, der in der heutigen Form in 15 Jahren fast völlig verschwunden sein wird.

Zwei bis drei Milliarden DM lassen sich nach vorsichtiger Berechnung pro Jahr sparen, wenn es mit elektronischen Mitteln gelingt, die Bildungsplanung um 10 % zu verbessern.

Welcher Anreiz muß aber jungen Menschen gegeben werden, damit sie überhaupt studieren?

In den meisten europäischen Ländern wird sich die Zahl der Abiturienten zwischen 1959 und 1970 verdoppeln. Die Bundesrepublik kann ihren alten Stand gerade noch halten.

Der Prozentsatz der Abiturienten in Frankreich liegt 1970 dreimal so hoch wie im Bundesgebiet. Daraus schließt ein französischer Soziologe, daß sich das Schwergewicht Westeuropas automatisch nach dem Westen verlagern und Paris das künftige Führungszentrum sein wird.

Menschen, die bei uns studieren, müssen einen bewundernswerten Idealismus mitbringen. Wenn ein Akademiker mit 29 Jahren seine Ausbildung beendet, hat ein Facharbeiter bereits 148 Tausend Mark mehr verdient. Der Akademiker braucht weitere 23 Jahre, um diesen Vorsprung vor dem Facharbeiter einzuholen. Er ist also 52 Jahre alt und herznfarktgefährdet, wenn er die erste Mark mehr sein eigen nennt als der Facharbeiter.

Welche Berufe in welchem Ausmaß ein Staat zu fördern hat, läßt sich elektronisch mit einem bildungsökonomischen Optimierungsmodell errechnen. Die volkswirtschaftliche Rendite eines Akademikers zum Beispiel liegt bei 24 %. Er selbst partizipiert aber nur mit knapp 12 % an seiner Leistung für das Volk. Der Staat zieht also aus seiner Tätigkeit mehr als den doppelten Nutzen. Bei anderen Berufen ist das Verhältnis gerade umgekehrt.

Wie sehr ohne langfristige Bildungsoptimierung die Nachwuchsentwicklung aus den Fugen geraten kann, veranschaulicht der heute beängstigende Lehrerberbedarf. Wenn alle Studenten, die in den nächsten zehn Jahren ihr Studium beenden, Lehrer würden, dann wäre der Nachholbedarf 1975 erst gedeckt.

Was wir also am dringendsten brauchen, sind Lehrer. Schnell beschaffen lassen sich nur elektronische Lehrer, sogenannte Lehrcomputer. Sie können zu Hunderten am Fließband gefertigt werden. Also wieder ein elektronisches Mittel.

Was ist ein Lehrcomputer und wie funktioniert er?

An einem Lehrcomputer hängen mehr als 100 Schreibmaschinen, zu gleicher Zeit können nach dem Timesharing-Prinzip also mehr als 100 Studenten 24 Stunden lang arbeiten. Der Lehrcomputer beherrscht das gesamte Lehrprogramm einer Fakultät. Für das Medizinstudium zum Beispiel braucht ein Computer ein Gedächtnis von 70 Millionen alphanumerischen Informationen im ständigen Zugriff. Aber der Lehrcomputer beherrscht weit mehr. Er kennt den ständigen Lernfortschritt jedes Studierenden. Nach Eingabe der Immatrikulationsnummer schreibt der Computer aus:

„Sie sind Herr Frank Balduin. Geboren am 23. Januar 1945. Wir waren zuletzt bei der Differentialdiagnose stehengeblieben.“

Der Computer fragt – der Student antwortet. Antwortet der Studierende falsch, springt der Lehrcom-

puter im Stoff immer wieder zurück und repetiert solange, bis ein Fachgebiet ausreichend beherrscht wird. Der Computer gibt auch gleichzeitig den Lektionsinhalt in Kurzfassung für die nächste Ausbildungsstunde aus.

Die Kommunikation zwischen Student und Computer braucht sich nicht auf die Schreibmaschine zu beschränken. Der Computer kann auf einem Leuchtschirm Zeichnungen ausgeben. Der Student kann mit Hilfe eines Leuchtstiftes diese Zeichnungen ändern und andere eingeben. Seit zwei Jahren können Computer sprechen. Ja, die ersten Prototypen können auch schon hören, was man ihnen sagt, und darauf antworten.

Der Computer memoriert, wie schnell und erfolgreich ein Student sein Pensum bewältigt und wieviel Computerstunden er noch braucht, um das Semester erfolgreich zu beenden. Der Computer deckt Begabungsschwerpunkte auf. Er ersetzt die Lehrfähigkeit von 400 Professoren im Einzelunterricht. Der Schüler hat absolut das Gefühl, individuell beim elektronischen Professor zu studieren.

Der Vorteil ist, daß ein Student völlig dynamisch sein Studienpensum zurücklegen kann. Der Begabte in Monaten, der Unbegabte in Jahren. Auch der Fleiß wird völlig unabhängig vom Rhythmus einer Semesterfolge belohnt. Der Student kann nach Belieben für bestimmte Spezialgebiete optieren. Wenn er beispielsweise Frauenarzt werden will, kann er zusätzlich vom Computer unterrichtet werden. Dem Studierenden und dem Lehrkörper wird angezeigt, wenn der Studierende hinter dem Mindest-Lernfortschritt aus Mangel an Begabung und Interesse zurückbleibt.

Der Raumbedarf in den Universitäten wird sich verändern. Studenten können ebensogut zu Hause studieren und über Telefonnetz an den Computer angeschlossen bleiben.

50 % aller Studenten werden ohnehin 1985 an Universitäten studieren, die es heute noch gar nicht gibt. Viele Universitäten, die heute gebaut werden, sind in ihrer Raumplanung in zehn Jahren veraltet.

Die Professoren werden durch die Lehrcomputer nicht arbeitslos. Ihnen kommen die Aufgaben zu, Erfahrungen zu vermitteln und sich mehr der Forschung zu widmen.

Ein unbestechlicher Vorteil ist, daß die elektronischen Lehrprogramme von den besten Wissenschaftlern der Welt entwickelt werden können. Sie bleiben ständig dem neuesten Stand der Wissenschaft auf den Fersen, was heute Hunderttausende von Professoren in mühsamer Arbeit, jeder für sich selbst, versuchen müssen.

Die Computer, die die geforderten Leistungen erbringen, sind heute verfügbar. Die Programme aber für die Lehrcomputer fehlen. Sie brauchen allein drei bis fünf Jahre Vorbereitungszeit. Trotz Bildungsnotstand hat man in der Bundesrepublik mit der Programmierung bis jetzt noch nicht begonnen.

Lehrcomputer lassen sich nicht nur in Universitäten und Technischen Hochschulen einsetzen. Sie sind ebenso für Fach- und Mittelschulen und für die berufsbegleitende Weiterbildung in Abendschulen und in den Betrieben geeignet.

Die Bedeutung der berufsbegleitenden Weiterbildung in der Wirtschaft wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Wie können sonst die Lücken in der staatlichen Ausbildungsplanung geschlossen werden?

Computer können die Eltern ebenso über Neigungen und Fähigkeiten von Schülern unterrichten und damit gezielte Begabtenförderung betreiben. Geht es doch darum, die Eltern von begabten Schülern für die Fortsetzung der Ausbildung zu gewinnen.

14. Gesundheit

Ein Gesundheitsminister kann erst durch elektronische Datenverarbeitung ein Gesundheitsminister sein. Der Ausspruch stammt nicht von mir.

Das Ministerium für Gesundheit mit seinen 270 Mitarbeitern zählt zu den kleinsten überhaupt, hat aber eines der bedeutendsten Probleme unserer Zeit zu lösen: Die Erhaltung der Volksgesundheit.

Im Dezember 1952 starben in London bei einer Smogkatastrophe 4000 Menschen mehr als sonst. Eine ungünstige Luftschichtung staute die Abgase über der Großstadt.

Es gibt deutsche Großstädte genug, über denen laufend weit größere Abgasmengen in der Luft registriert werden als in London. Nur der glückliche Umstand, daß bisher die die Smogkatastrophe auslösende Luftschichtung ausblieb, hat Massensterben in Deutschlands Großstädten bisher verhindert. Die Zahl der Beschwerden über Ruß- und Abgasbelastung in deutschen Großstädten hat sich seit 1954 verfünffacht. Einen Großteil der lebensbedrohenden Abgasbestandteile in der Luft produzieren die Kraftfahrzeuge. Gott sei Dank, daß der Wind weht. Jährlich stoßen die Kraftfahrzeuge eine 3 m hohe Abgasschicht über dem Bundesgebiet aus.

In Los Angeles zum Beispiel rühren 55 % der gefährlichen Stickoxyde in der Luft von Kraftfahrzeugen her. Das giftige Kohlenmonoxyd befördert den Menschen in wenigen Minuten ins Jenseits, wenn der Motor in der geschlossenen Garage läuft.

Wir sind dem Kohlenmonoxyd nicht hilflos ausgeliefert. Motorenkonstrukteure haben bewiesen, daß man den Gehalt der CO-Abgase auf ein Hundertstel der heutigen Werte herunterdrücken kann.

In den Fahrzeugabgasen kommt auch das für die Auslösung des Lungenkrebses hochverdächtige 3,4-Benzypren vor. Allein der Lungenkrebs fordert mittlerweile in Deutschland die gleiche Zahl an Todesopfern wie der Straßenverkehr und steigt weiter rasant an. Dabei wissen wir nicht einmal, ob wir nicht schon angegriffen und ob die Schäden der Resistenzdezimierung noch reparabel sind.

Untersuchungen an Auswanderern, die aus England in unverseuchte Frischluftgebiete emigrierten, zeigen eine weit höhere Anfälligkeit gegen Lungenkrebs als bei der einheimischen Bevölkerung.

Jeder Vierte, der heute in der Welt im Krankenhaus liegt, ist ein Opfer des schlechten Wassers.

17 Milliarden Kubikmeter fließen in der Bundesrepublik jährlich in Flüsse und Seen. Davon sind 75 % nicht oder nur mechanisch, also unzureichend gereinigt.

Was kann in diesen alarmierenden Situationen ein Computer für das Wohlergehen tun?

Die wertvollsten Erkenntnisse über die Volksgesundheit kommen aus der statistischen Kausalforschung, die in großem Ausmaß nur durch einen Computer bewältigt werden kann. Er vermag zu analysieren, wie sich die 4000 Krankheiten im Volk entwickeln. Wie

die Krankheitserscheinungen in bestimmten Regionen, Perioden, Altersgruppen, Berufsschichten und Einkommensklassen streuen. Welche Trends sie nehmen und in welchen kausalen Beziehungen sie untereinander stehen.

In einem großen staatlich geförderten Projekt in den USA verfolgt man den Gesundheitszustand von einer Million Personen mit über 300 Millionen Merkmalen. Aus der Masse der zur Verfügung stehenden Informationen will man durch systematische Kausalforschung den schlimmsten Menschheitsgeißeln auf die Spur kommen.

Jeder Sechste in der Bundesrepublik stirbt an Krebs. Jährlich erkrankt etwa eine halbe Million Menschen an dieser Krankheit, die noch voll von Rätseln ist.

Elektronisch sind gewaltige Datenmassen zu verarbeiten, zum Beispiel über

- Verunreinigung der Luft und des Wassers,
- die Abnahme der Grünflächen,
- die Zunahme der Schädlingsbekämpfungsmittel, den sich in wenigen Jahren verdoppelten Konsum der achtzigtausend Medikamente,
- die bewegungsärmere Berufsarbeit,
- die Veränderungen von Lebensgewohnheiten, wie z. B.
- die Auswirkungen der Milliarden von zusätzlichen Sitzstunden
- und Drinks vor den Fernsehapparaten.

Eine wesentliche Rolle in der Volksgesundheit von morgen wird der Diagnose-Computer übernehmen. Er wertet in Schnelluntersuchungen Pulsfrequenz, Blutdruck, Herzstromkurven usw. aus und untersucht Blutbilder und Schleimhäute auf Krankheiten.

Bei einer computerunterstützten Reihenuntersuchung für Herzkrankheiten in den USA wurde bei 10 % der Untersuchten Alarm gegeben und eine eingehende Herzbehandlung angeordnet. 25 % zeigten Anomalien in den Herzstromkurven.

Bei vielen Krankheiten im Frühstadium kann eine Diagnose ein Jahr früher die Wahrscheinlichkeit der Heilung vervielfachen.

Zur Zeit laufen bereits Computerversuche für Spezialdiagnosen, die weit genauer als die von Fachärzten sind.

Die Daten über den Gesundheitszustand der Astronauten werden während ihrer Flüge elektronisch ausgewertet. In den Laboratorien verfolgt man bereits Forschungsobjekte für die elektronische Ferndiagnose. Fühlen Sie sich unwohl, ziehen Sie sich zu Hause eine Untersuchungsweste an. Sie übermittelt die Testwerte per Telefon an den Computer. Er sagt Ihnen hörbar, ob und wann Sie einen Arzt konsultieren müssen, ob Sie im Bett bleiben sollen und welche gesundheitlichen Vorkehrungen zu treffen sind. In zehn Jahren hofft man, soweit zu sein.

15. Schluß

Als man im zweiten Weltkrieg erstmals mathematische Optimierungsrechnungen bei der Kriegsführung einsetzte, erzielte man Nutzeffektsteigerungen von mehreren 100 %.

Angesehene Optimierungsspezialisten behaupten, in der Politik und Staatsverwaltung seien heute noch ähnliche Optimierungseffekte zu erzielen. So optimistisch braucht man nicht zu sein. Selbst eine vorsich-

tige Annahme von nur 10 % führte zu Ersparnissen von gewaltigen Ausmaßen, von 12–14 Milliarden pro Jahr. Eine Kosteneinsparung oder Leistungssteigerung von 10 % würde alle zehn Jahre ein steuerfreies Jahr bedeuten.

Unter solchen Rationalisierungsaspekten ist jüngst der Computereinsatz in vielen Staaten in Bewegung geraten.

Eine Staatsführung, die sich heute gegen die Elektronik wehrt, läuft bald Gefahr, im Wettstreit mit anderen Nationen ins Hintertreffen zu geraten. Viele junge Entwicklungsländer werden in zehn Jahren moderner organisiert sein als ihre Entwicklungshelfer. Denn der staatliche Neubau auf grüner Wiese vollzieht sich leichter als der Umbau traditionsreicher Verwaltungsburgen.

Jeder Staat muß seine eigenen Führungssysteme entwickeln, wenn er seine Unabhängigkeit und Eigenständigkeit bewahren will. Auf kopierfähige Vorbilder wartet man vergebens, denn elektronische Programme in der Staatsführung lassen sich nicht verpflanzen. Werden Politiker durch die Computer allmählich ersetzt? Wird ihr Aktionsradius eingeeengt?

Je vollendeter die Optimierungssysteme in der Staatsführung entwickelt sind, desto einfluß- und erfolgreicher wird eine Führung sein.

Mehr Politiker werden die Folge einer verstärkten Datenverarbeitung sein, aber mehr solche, die hohen Anforderungen entsprechen.

Elektronische Optimierungssysteme werfen neue Probleme gewaltigen Ausmaßes auf. **In den Mittelpunkt politischer Aktivität rücken stärker die langfristigen, zukunftssträchtigen Aufgaben der Staatsführung.** Kurzlebige Eintagsprobleme verlieren mehr und mehr an Farbe.

Über 80 % der Tagesarbeit vieler Unternehmensführer sind heute noch kurzfristigen Tagessorgen gewidmet.

In der Politik ist es kaum anders.

Ein neuer Typus in der politischen Führung wird sich herausbilden.

Der Politiker von morgen wird stärker in ökonomischen Kategorien denken, und er wird stärker zur Wissenschaft hin orientiert sein.

In der Wirtschaft verblässen heute bereits die Chancen von Managern, die in elektronischen Führungssystemen nicht erfahren sind. In der Staatsführung wird eine ähnliche Entwicklung folgen. Weit mehr als bisher werden dann Vertreter der Wirtschaft mit Elektronik-Erfahrungen für politische Führungsaufgaben prädestiniert sein.

Ob man es zugeben will oder nicht, der Einsatz von Computern bestimmt in der Zukunft die Überlegenheit der politischen Führung.

Überlegen sein heißt mehr wissen, heißt besser informiert sein, bedeutet möglichst exakt die Auswirkung von politischen Maßnahmen in der Zukunft kennen. Der Kampf der besten Führungsmethoden hat auch in der Staatsführung bereits begonnen.

Wunder an Zeit aber darf und kann man in Behörden nicht erwarten. Fünf bis zehn Jahre mindestens wird der Prozeß dauern, bis wesentliche Teile der behandelten Elektronensysteme zum Laufen gebracht sind. Die Computer, die die Probleme lösen können, sind heute bereits vorhanden. Die Politiker sind jetzt am Zug.

Die Elektronik ist kein Allheilmittel. Die elektronische Datenverarbeitung wird Werkzeug sein und Werkzeug bleiben. Die Elektronik ist soviel wert, wie die Politiker aus ihr machen. Viele haben Angst vor Computern. Die Elektronik braucht man nicht zu fürchten. Angst muß man haben vor einer Führung, die moderne Methoden ablehnt.

Schon fragen internationale Kritiker: Kann man zu einer computerlosen Staatsführung überhaupt noch Vertrauen haben?

Denn der Erfolg in Politik und Wirtschaft wird bei denen sein, die die neuartigen Mittel zu nutzen verstehen.

Auch hier gilt der Satz: Wer dem Fortschritt nicht folgt, wird vom Fortschritt getrieben.

Führen statt geführt werden,
planen statt improvisieren,
informiert sein statt überrascht werden
gehört zur Kunst des Regierens.

Die Kunst des Regierens ist die Suche nach dem optimalen Verhalten und nicht die Suche nach dem geringsten Widerstand.

Mitteilungen der F. I. T. C. E.

7. Europäische Fernmeldetage 1968 in Luxemburg

Die 7. Europäischen Fernmeldetage finden in der Zeit vom 9. bis 14. September 1968 in Luxemburg statt. Le Grand Maréchal de la Cour hat in einem Brief an den Präsidenten des Organisationskomitees der F.I.T.C.E. die Übernahme der Hohen Schirmherrschaft durch seine Königliche Hoheit den Großherzog von Luxemburg für die 7. Europäischen Fernmeldetage fest zugesagt.

Das provisorische Programm sieht wie folgt aus:

Montag, den 9. 9. 1968:

Tagung der Studienkommissionen 1 bis 6

Dienstag, den 10. 9. 1968:

vormittags: offizielle Eröffnungsveranstaltung
nachmittags: Technische Vorträge
abends: Gesellschaftsabend mit Tanz in Wellenstein

Mittwoch, den 11. 9. 1968: Technische Vorträge

Donnerstag, den 12. 9. 1968:

verschiedene Exkursionen
abends: Konzert von Radio Luxemburg
für die F.I.T.C.E.

Freitag, den 13. 9. 1968: Technische Vorträge

Samstag, den 14. 9. 1968:

vormittags: Generalversammlung der F.I.T.C.E.
mittags: Schlußbankett auf Einladung des
PTT-Ministers von Luxemburg

Ein Damenprogramm, das u. a. eine Moselfahrt vorsieht, wird noch ausgearbeitet.

Die Teilnehmergebühr wird für Herren 800 Fr B (64,- DM) und für Damen 400 Fr B (32,- DM) betragen.

Anmeldeschluß soll der 30. Juni 1968 sein.

Ein ausführliches Programm mit Einladung und Anmeldevordrucken wird rechtzeitig zugesandt.

Fortbildungskurse der Nationalen Fernmeldehochschule (E.N.S.T) und der Gesellschaft der Freunde der E.N.S.T. in Paris

In der Zeit vom 17. bis 22. Juni 1968 findet in Paris 13^e, 46, Rue Barrault, ein Fortbildungskurs statt, zu dem über die F.I.T.C.E. eingeladen wird. Anmeldetermin ist der 1. Juni. Die Zahl der Plätze ist begrenzt. Die Teilnahme selbst ist für ausländische F.I.T.C.E.-Mitglieder kostenlos — die französischen Teilnehmer zahlen 500 FF — jedoch sind Reisekosten und Unterkunft selbst zu bestreiten.

Das Thema des Fortbildungskurses lautet:

„Methodes modernes d'ordonnancement
appliquées an bâtiment — Diagrammes PERT.“

Es werden neuzeitliche Methoden der Auslösung und der Kontrolle des Fortganges eines Auftrages durch die verschiedenen Zweige der Fabrikation vom Beginn bis zur Auslieferung an den Kunden, angewandt auf das Bauwesen, erörtert.

Der Kursus läuft von Montag, den 17. 6. 1968, 8.45 Uhr, bis Sonnabend, den 22. 6. 1968, mittags. Vorträge und Übungen wechseln miteinander ab.

Es tragen vor die Professoren:

Sussmann (SEMA), Garnier (B & T)
Eytan (MSH)
Feneyrol, Corre, Maury, Damlamian (CNET)
Chassagne (B & T)
Daviau (B & T)
Querrioux (OTH)
Deloro (OTH)
Rabaud, Chvidchenko (CNES)

Freitag, den 21. 6. 1968, um 18.00 Uhr ist eine allgemeine Zusammenkunft von Professoren und Teilnehmern, die von der Gemeinschaft der Freunde der E.N.S.T. veranstaltet wird. Zweck: Gedankenaustausch und Aussprache.

An der letzten Veranstaltung dieser Art über „Elektronenrechner“ im Dezember 1967 nahmen drei deutsche Kollegen der F.I.T.C.E. teil.

Meldungen an: OPDir Dipl.-Ing. Julius Böwering,
46 Dortmund, FA 2, Postfach 1500,
F.: 0231-399-6100, erbeten.

Programme können zugesandt werden.

Rheinfahrt 1968

Auf der letzten Sitzung des Comité de Direction am 28. 3. 1968 in Brüssel ist angeregt worden, nach dem Anlegen des M.S. Europa, jeweils ab 16.00 Uhr,

örtliche Treffen der deutschen F.I.T.C.E.-Mitglieder mit den Teilnehmern an der Rheinfahrt zu veranstalten.

Die F.I.T.C.E.-Obmänner der in Frage kommenden Bezirksvereine werden hiermit angesprochen, evtl. weiteres zu organisieren am

Montag, den 24. Juni — Düsseldorf

Dienstag, den 25. Juni — Koblenz

Mittwoch, den 26. Juni — Mannheim

(Z. vgl. Nachrichtenblatt, Heft 1, 4. Jahrgang, Februar 1968, S. 26.)

Kinderaustausch

Das französische F.I.T.C.E.-Mitglied Lucien Puechberty, Ingénieur en Chef, Directeur de SOMEPOST, 59, Rue Madame, Paris 6e, wünscht seinen 11jährigen Sohn in einem Zeitabschnitt zwischen Ende Juni und Anfang September 1968 in Deutschland bei einem F.I.T.C.E.-Mitglied unterzubringen. Einen etwa gleichaltrigen deutschen Jungen kann er bei sich aufnehmen.

Anfragen unmittelbar an die vorstehende Adresse.

Gebeten wird, OPR Dipl.-Ing. Kettenacker, FA 2 München, über das Ergebnis zu verständigen.

Der Bericht der Kommission 1 der F.I.T.C.E.

Die Kommission 1 der F.I.T.C.E. hat ihren Abschlußbericht vorgelegt. Er ist das Ergebnis einer mehrjährigen Arbeit. Der Bericht wurde kürzlich als Sonderausgabe der „Revue-F.I.T.C.E.“ in ansprechender Aufmachung veröffentlicht. Er trägt den Titel:

„L'organisation moderne des télécommunications en Europe.“ (Die neuzeitliche Organisation des Fernmeldewesens in Europa.)

Zur ersten Information sei folgendes mitgeteilt.

Die Arbeit liegt in französischem Text vor und umfaßt 50 Seiten. Sie ist unterteilt in ein Vorwort und folgende Abschnitte.

1. Einführung:

11. Gegenstand der Untersuchung.
12. Die Bestandteile der Untersuchung.
13. Die Aufnahme des derzeitigen Aufbaues der Verwaltungen.

2. Die Methoden der Verwaltung:

21. Getrennte Verwaltungen für Fernmeldewesen und Postwesen.
22. Selbständigkeit der Verwaltungen des Fernmeldewesens.
23. Finanzielle Selbständigkeit des Fernmeldewesens.
24. Die heutigen Tendenzen in Europa.
25. Das nationale Unternehmen des Fernmeldewesens.
26. Die Rolle eines nationalen Unternehmens des Fernmeldewesens.

3. Die Organisationsprinzipien:

31. Die Begriffsbestimmung.
32. Die Aufgaben und die Mittel der verschiedenen Ebenen.
33. Die Fernsprechnetze der großen Städte.
34. Die Struktur des Personals.

4. Die Tätigkeiten und Aufgaben des Unternehmens:

41. Die Teilnehmersdienste.
42. Der Vermittlungsdienst.
43. Der Ausstattungsdienst.
44. Der Betriebsdienst.
45. Der Forschungsdienst.
46. Die Dienste des Führungsstabes.
47. Die übrigen Tätigkeiten.

5. Die neuzeitliche Organisation des Fernmeldewesens:

51. Die nationale Ebene.
52. Die Zwischenebene oder Zone.
53. Die regionale oder Bezirksebene.

Es folgen Aufbauschemata von 3 Organisationstypen des Fernmeldewesens.

Der Bericht endet mit einer Zusammenfassung.

In einem Anhang wird der Aufbau des Fernmeldewesens in Europa Anfang 1967 dargestellt, getrennt nach den einzelnen Ländern. Es folgen tabellarisch statistische Angaben über den gegenwärtigen Stand und den Aufbau der Verwaltungen.

Sodann zeigen 3 Diagramme für die einzelnen Länder Europas die Entwicklung von 1950 bis 1965 der Zahl der Hauptanschlüsse, ferner der Fernsprechkichte und der Automatisierung.

Der Bericht ist mit 20 Bildern über fernmelde-technische Anlagen in den Ländern Europas, davon drei aus der BR Deutschland, ausgestattet.

Es soll noch zusammenfassend über diese Arbeit im „Nachrichtenblatt“ berichtet werden.

Die Kommission 1 wird sich nach Beschluß des Comité de Direction einem anderen, neuen Arbeitsbereich zuwenden.

Böwering

Mitteilungen der Bezirksvereine

Stellungnahme des Bezirksvereins Düsseldorf zum 2. Besoldungsneuregelungsgesetz, die an die Mitglieder des Innen- und Postausschusses des Deutschen Bundestags, an die Fraktionen, an alle Bundestagsabgeordneten des OPD-Bezirks Düsseldorf sowie an die Berufsverbände versandt wurde.

Stellungnahme zum Entwurf des 2. Besoldungsneuregelungsgesetzes

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Dem Deutschen Bundestag liegt zur Zeit der Entwurf des 2. Besoldungsneuregelungsgesetzes (2. BesNG) zur Beschlußfassung vor. Die 1. Lesung hat bereits am 27. März stattgefunden.

Dieser Gesetzentwurf hat unter den Beamten des höheren Dienstes erhebliche Unruhe hervorgerufen.

Gem. § 5 Abs. 5 des Entwurfs darf im höheren Dienst der Anteil der Planstellen der BesGr A 15 und A 16 auch in Zukunft *insgesamt 23 v. H. der Gesamtzahl der Planstellen* der Laufbahngruppe nicht überschreiten. Dagegen beträgt der Anteil der Planstellen der Beförderungsämtner oberhalb des 1. Beförderungsamtes in den übrigen Laufbahngruppen:

einfacher Dienst	85 v. H.
mittlerer Dienst	65 v. H.
gehobener Dienst	35 v. H.

Falls dem Antrag des Bundesrates stattgegeben wird, den Prozentanteil der BesGr A 11 von 25 auf 30 % zu erhöhen, wird der Anteil im gehobenen Dienst sogar 40 v. H. betragen, d. h. 17 v. H. günstiger sein als im höheren Dienst.

Die Begründung, die der Entwurf für diese unterschiedlichen Beförderungsaussichten in den einzelnen Laufbahngruppen unter A IV e gibt, vermag nicht zu überzeugen.

Es entspricht zumindest im Verhältnis der Laufbahngruppen des gehobenen zum höheren Dienst nicht den Tatsachen, wenn es dort heißt, diese Struktur sei das Ergebnis eines langjährigen Entwicklungsprozesses. Vor Beginn der Harmonisierungsmaßnahmen

des Bundes im Jahre 1965 betrug der Anteil an Spitzenbeförderungssämtern bei der Deutschen Bundespost in der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes

A 11	8,7 v. H.
A 12	3,4 v. H.
insgesamt	<u>12,1 v. H.</u>

in der Laufbahngruppe des höheren Dienstes

A 15	11,5 v. H.
A 16	4,0 v. H.
insgesamt	<u>15,5 v. H.</u>

Der Stellenschlüssel des höheren Dienstes war also damals besser als der des gehobenen Dienstes.

Erst durch die Harmonisierungsmaßnahmen einschließlich des 1. BesNG wurde der Anteil der Beförderungssämter im gehobenen Dienst (ab BesGr A 11) um soviel mehr angehoben als der Anteil der Beförderungssämter im höheren Dienst (ab BesGr A 15), daß es zu den oben angegebenen für den höheren Dienst äußerst ungünstigen Prozentzahlen (gehobener Dienst 40 % — höherer Dienst 23 %) kam.

Auch die weitere Begründung des Entwurfs, die Unterschiedlichkeit der Stellenschlüssel in den Laufbahngruppen sei ein Spiegelbild der organisatorischen Gegebenheiten im Behördenaufbau, kann im Verhältnis zwischen dem gehobenen und dem höheren Dienst nicht akzeptiert werden. Die Abgrenzungsmöglichkeiten im vorgegebenen hierarchischen Aufbau sind im gehobenen und im höheren Dienst etwa gleich groß. Die Aufgabenstellung hat sich in den vergangenen Jahren in den beiden Laufbahngruppen nicht geändert. Lediglich der Schwierigkeitsgrad der Aufgaben ganz allgemein ist erheblich gestiegen. Das hat seinen durchaus berechtigten Niederschlag gefunden in der Verbesserung des Stellenschlüssels für den gehobenen Dienst, während den gleichen Gegebenheiten im höheren Dienst nur unzulänglich Rechnung getragen wurde. Dabei ergeben sich gerade in der Leitung der großen Postämter und Fernmelde-

ämter mit 1000 bis 2000 Beschäftigten zwingende Notwendigkeiten einer besseren Einstufung in die BesGr A 15 bzw. A 16.

Auch die oftmals vorgebrachte Tatsache, daß die Stellenschlüssel im höheren Dienst bei manchen Ländern nicht oder nur geringfügig günstiger seien als beim Bund, kann kein Maßstab sein. Denn abgesehen davon, daß die Länder in der Vergangenheit in größerem Umfang Stellen in die BesGr B eingestuft haben als der Bund, ist der Gesichtspunkt der Harmonisierung für die Verbesserungen des 2. BesNG nicht mehr allein ausschlaggebend. Der Bund will vielmehr durch die Besoldungsneuregelungsgesetze ein neues Gesamtkonzept einer Besoldungsordnung stufenweise verwirklichen. Wenn auch manche Länder die Laufbahngruppe des höheren Dienstes bei der Verbesserung ihrer Stellenpläne gegenüber den anderen Laufbahngruppen benachteiligt haben, so ist dies kein Grund für den Bund, ein Gleiches zu tun.

Nach alledem gibt es keine stichhaltige Begründung für die Schlechterstellung des höheren Dienstes. Man kann sich vielmehr des Eindrucks nicht erwehren, daß die berechtigte Verbesserung der Stellenschlüssel der übrigen Laufbahngruppen und das Nachhinken des höheren Dienstes auch eine Folge der berufspolitischen Vertretungsmöglichkeiten der einzelnen Laufbahnen sind. Wir sind der Meinung, daß die geringe Anzahl und die bisher in den besoldungspolitischen Auseinandersetzungen geübte Zurückhaltung der höheren Beamten nicht zu einer krassen Mißachtung der Belange des höheren Dienstes führen dürfen. Falls der Entwurf in der vorgesehenen Form mit dem für den höheren Dienst diskriminierenden Stellenschlüssel Gesetz wird, würde das eine Welle der Empörung auslösen und zweifellos negative Auswirkungen auf das Verhältnis der höheren Beamten als Führungskräfte gegenüber ihrem Dienstherrn zur Folge haben.

Es ist aber nicht der Stellenschlüssel allein, den die Beamten des höheren Dienstes am vorliegenden Gesetzentwurf zu bemängeln haben. Bei den jüngeren Beamten hat der in der Begründung zum Entwurf vorgesehene Bewährungszeitraum von 9 Jahren nach der Anstellung bis zur Verleihung des ersten Beförderungsamtes herbe Enttäuschung hervorgerufen.

Wir sind der Auffassung, daß der Bund gut daran getan hätte, an Stelle der im Entwurf vorgesehenen

Bewährungsbeförderung die bei einigen Ländern schon seit Jahren praktizierte Regelbeförderung einzuführen. Wenn aber aus Gründen des Leistungsprinzips die Bewährungsbeförderung den Vorzug erhalten soll, so ist der beim höheren Dienst vorgesehene Bewährungszeitraum von 9 Jahren viel zu lang. Auch hier gibt es für die Tatsache, daß der Bewährungszeitraum sich von Laufbahngruppe zu Laufbahngruppe verlängert, keine durchschlagende Erklärung. Mit dem in der Begründung des Entwurfs gebrauchten Schlagwort von der „sozial indizierten Beförderung“ allein ist es nicht getan. Insbesondere ist nicht einzusehen, warum der infolge seines kostspieligen Studiums und seiner Referendarzeit später in das Berufsleben eintretende höhere Beamte 2 Jahre länger auf seine erste Beförderung warten soll als der Beamte des gehobenen Dienstes. Wir fordern daher eine Verkürzung der vorgesehenen Wartezeit auf etwa 4 bis 5 Jahre. Das entspräche in etwa der bisherigen durchschnittlichen Zeitdauer bis zur Beförderung nach BesGr A 14 (ca. 4 Jahre). Im übrigen steht der vorgesehene 9jährige Bewährungszeitraum auch im Widerspruch zur Erhöhung des Stellenschlüssels in BesGr A 14 von 47 v. H. auf 52 v. H. (vgl. § 5 Abs. 5 des Entwurfs).

Eine solch drastische Verschlechterung der Aussichten der jungen Beamten des höheren Dienstes, in die 1. Beförderungsstufe zu gelangen, wird mit Sicherheit ungünstige Auswirkungen auf die Werbung eines qualifizierten Nachwuchses haben.

Wir bitten Sie daher, sehr geehrter Herr Abgeordneter, sich bei den Beratungen des Gesetzes in den zuständigen Ausschüssen und im Plenum des Deutschen Bundestages nachdrücklich dafür einzusetzen, daß der Entwurf des 2. BesNG in zwei Punkten geändert wird:

1. Verbesserung des Stellenschlüssels im höheren Dienst, und zwar Angleichung an den des gehobenen Dienstes;
2. Kürzung des überlangen Bewährungszeitraumes bis zur 1. Beförderung auf etwa 4 bis 5 Jahre.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Paffen

Neuerscheinung

In der Fachbuchreihe für den Post- und Fernmeldedienst ist soeben erschienen:

Dr. G. Lindner

Der Postbeförderungsdienst unter besonderer Berücksichtigung des Bahnpostdienstes

Als Loseblattwerk in haltbarer Ringheftermappe zur späteren Aufnahme der Ergänzungslieferungen.

Format: DIN A 5.

Umfang: 320 Seiten mit zahlreichen Abbildungen in vielfach mehrfarbiger Wiedergabe.

Preis: DM 36,-.

Das Buch ist für alle gedacht, die in dem weiten Bereich des Betriebsdienstes tätig sind. Es behandelt das gesamte Gebiet mit der notwendigen Ausführlichkeit und vermittelt damit das erforderliche Wissen, welches die Voraussetzung für den Einsatz in diesem schwierigen Dienstzweig ist.

Bestellungen nimmt ab sofort der Verlag entgegen.

DAMM-VERLAG KG (vorm. E. Herzog & R. Damm) · 3380 Goslar — Postfach 87 — Telefon (0 53 21) 2 36 06
